

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40692, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 27.

Sonnabend, den 1. Februar 1908.

15. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage u. „Die Neue Welt“.

Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.

R. K. Am Montag nach der Schlacht von Jena ließ der preußische Minister Graf von der Schulenburg-Kehner an den Straßenecken Berlins einen Zettel anschlagen, auf dem zu lesen stand: „Der König hat eine Bataille verloren. Setzt Ruhe die erste Bürgerpflicht. Ich fordere die Einwohner Berlins dazu auf. Der König und seine Brüder leben!“ Der Reichskanzler Fürst Bismarck scheint ein ähnlicher Herr zu sein; auch ihm geht die Ruhe, wenigstens bei gewissen Gelegenheiten, über alles. Es hat nur noch gefehlt, daß er in Berlin Plakate mit den Worten: „Preußen erhält kein ausländisches Wahlrecht. Setzt Ruhe die erste Bürgerpflicht“, anschlagen ließ, dann wäre der Graf Schulenburg Nr. 2 fertig gewesen.

Ja, Ruhe ist auch noch heute die erste Bürgerpflicht in Preußen und in dem von ihm leider „geführten“ übrigen Deutschen Reich. Wie überall gibt es freilich auch hier Ausnahmen. Zieht die Braut eines Prinzen ein, bekommt eine Prinzessin ein Kind — natürlich ein eheliches —, erhält der regierende Fürst den Besuch eines anderen Monarchen, dann ist der deutsche Untertan auf der Straße milde, dann darf er schreien, soviel er will. Je mehr er Hoch und Hurra gröhlt, je größer der Haufen, um so lieber ist es den höheren Regionen, um so freudiger sind die Harfen der gutgeimten Presse zu byzantinischen Weisen gestimmt. Unterstützt er aber auf der Straße sein eignes Recht durch friedliche Demonstrationen, so werden die Polizeibehörden geschwungen, die Truppen werden marschbereit gehalten und der Verkehr, auf den man bei Prinzessinnen-Einzügen, Paraden etc. pfeift, wird plötzlich als Blimchen Rührmischicht erklärt. Und so etwas soll Staatskunst sein? Eine nicht nur lächerliche, sondern auch gefährliche Staatskunst! Wer ein Volk unter den heutigen Verhältnissen mit dem preußischen Dreiklassenwahlrecht abspießt und zugleich verlangt, daß es eine derartige Behandlung ruhig hinnimmt, sucht es zur Charakterlosigkeit zu erziehen. Der Deutsche soll eben nach oben überhaupt keinen Charakter haben, sondern nur gefügige Demut zeigen. Der Germane soll seine wohlweise Regierung als die erhabene Lenkerin seines Schicksals ansehen, als eine Lenkerin, die alles besser versteht und ihm in dem Augenblick, wo er es nach ihrer Anschauung verdient, schon das nötige Maß Freiheit geben wird. Bis dahin hat er ihre Fußstapfen, Rippenstöße und Nasenstöße gehorsamst zu ertragen.

Man muß das Geschick preisen, daß die Sozialdemokratie dieser Regierung mit ihrer bekannten Energie entgegenwirkt. Nähme die Masse des preußischen Volkes die Behandlung, die ihm der Reichskanzler zuteil werden läßt, ruhig hin, so würde die preußische Bevölkerung in Zeiten schwerer Verwicklungen mit dem Ausland völlig versagen. Solange das Kriegsglück den Deutschen lächeln würde, wäre ein guter Fortgang allerdings möglich; würde aber der Gegner ins Land eindringen, dann würde es sich furchtbar rächen, wenn das offizielle preußische Volkserziehungssystem nicht eine gründliche Korrektur erfahren hätte. Wer im Frieden — mit glütiger Erlaubnis sei es ausgesprochen — ein charakterloser Hundsfott ist, der von oben sogar Fußstapfen lautlos hinnimmt, wird im Kriege kein Held sein. In Preußen huldigen die maßgebenden Kreise dem naiven Glauben, man könne das Heldentum gleichsam auf Kontrakt hervorzubereiten. Vom Tage der Mobilmachung bis zum Tage des Friedensschlusses soll das Volk die größte Charakterstärke entwickeln und sich gegen die Fremdherrschaft unter Aufopferung von Gut und Blut aufbäumen. Vor der Mobilmachung und nach dem Friedensschlusse aber hat es hübsch brav zu sein und selbst die Verweigerung der elementarsten Rechte mit Schafsgeduld zu ertragen. Dies ist eine echt russische Auffassung. Wie russisch Preußen ist, kann man am besten daraus erkennen, daß in Preußen Einrichtungen und Vorgänge als staatsgefährlich angesehen werden, die in vorgeschrittenen Ländern schon eingeführt bzw. erlaubt sind. Andere Staaten können das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht ganz gut vertragen, Preußen ginge angeblich darunter zugrunde; in Österreich, Frankreich, England werden friedliche Straßendemonstrationen geduldet, Preußen aber würde nach der Anschauung seiner „Staatsmänner“ in die Luft fliegen, wenn das Volk zu anderen Zwecken als zum Hurra-schreien auf die Straße käme. In Rußland ist es gerade so.

Das erbärmlichste der Angelegenheit besteht aber darin, daß der weitaus größte Teil der liberalen Presse und liberale Politiker dieser juchenden Politik Beifall klatschen. Wir erinnern uns hier unwillkürlich an einen verben Ausspruch, den ein Österreicher aus der Salzburger Gegend tat, nachdem er längere Zeit in zwei bekannten

bayerischen liberalen Blättern, die zur Prekligue des Reichskanzlers gehören, gelesen hatte. Der Mann, der österreicherischer Reservoffizier, also kein Umstürzler ist, legte nämlich plötzlich die zuletzt gelesene Zeitung weg und sagte zu uns: „Sie, aber bei Cahna reden die Zeitungsaudumm daher!“

Höflich ist der Ausspruch nicht, aber auf jeden Fall ist es von den liberalen Gazetten und Politikern nicht klug, eine Staatskunst zu unterstützen, die dem Volke das Rückgrat brechen will, und eine Partei in blödsinniger Weise anzuführen, die das Volk vor dem Charakterloswerden bewahrt. Die Herren Liberalen bewilligen mit Feuereifer alle Militär- und Marinevorlagen. Was helfen die besten Kanonen, wenn hinter ihnen nicht ganze Kerle stehen, die das Unrecht auch dann nicht ertragen, wenn es mit dem kgl. preußischen Ministerialstempel sanktioniert ist?

Der Marineetat im Reichstage.

Der Reichstag begann am Donnerstag mit der zweiten Lesung des Marineetats. Mit der Bescheidenheit, wie sie Freisinnigen ziemt, brachten die Schleswig-Holsteiner Leonhart und Struve allerhand übrigens meist berechtigte Klagen von Beamtenkategorien usw. vor, deren Brührung mit einer gewissen väterlichen Miene der Staatssekretär v. Tirpitz zulagte. Genannter Herr genöß einstmals, als er noch ungeadelt war bei Naumannianern und sonstigen rosenroten Optimisten eine Art von Ruf als Sozialpolitiker. Er hat sich beeilt, sich von dem gefährlichen — siehe Poladomsky — Rufe zu befreien. Die Werften und sonstigen Marinewerkstätten sind alles andere eher als soziale Musteranstalten. Erdrückendes Anlagematerial wurde von den Genossen Severing und Legien vorgebracht, und der unvermeidliche Harms, der als Beschwichtigungshorvat vorgeschickt wurde, sah sich völlig außer Stande, das Material zu widerlegen. Selbst Herr Spahn, der als jetzt in Kiel domizillierter Gerichtspräsident etwas von den Verhältnisse versteht, sah sich genötigt, vielen Klagen des Genossen Legien beizupflichten. Jahraus, jahrein hat Genosse Legien die Klagen vorgebracht; Abhilfe ist nicht geschaffen worden. Die Arbeiterausschüsse, die auf den Werften eingesetzt worden sind, hat man zu Saagemaschinen und Puppenstuben herabgewürdigt. Eine Resolution der Kommission verlangt Ausdehnung der Rechte dieser Arbeiterausschüsse. Die Resolution wird neben zahlreichen Schwestern ihren Platz im Aktenstempel der Regierung finden und dort ein mehr beschauliches als tätiges Dasein führen.

Am Freitag wäre es beim Rest des Marineetats kaum zu einer größeren Debatte gekommen, wenn nicht die Freisinnigen Wert darauf gelegt hätten, ihre Blokkorruption wieder einmal in geradezu schmachtvoller Weise zu betätigen. Die Budgetkommission schlägt eine Resolution vor, welche unter anderem die Hinzuziehung der Arbeiterausschüsse zur Regelung der Arbeitsbedingungen in den Marinebetrieben fordert. Von unserer Seite wurde dazu beantragt, auch die Arbeiterorganisationen, d. h. die Gewerkschaften, selbstredend die Gewerkschaften aller Richtungen hinzuzuziehen. Herr Gröber vom Zentrum und sogar der christlich-soziale Abg. Behrens traten für unseren Antrag ein. Daß der alte Nichthofen, der sich neuerdings im stillwidrigen Gegensatz zu seinem gutmütigen Großpapage auf den grimmigen Scharfmacher herauszufspielen bemüht, sich nicht nur gegen unseren Antrag, sondern gegen die ganze Resolution aussprach, braucht bei der bekannten Arbeiterfeindschaft der Konservativen kein Wunder zu nehmen. Aber geradezu empörend war die Haltung des Freisinnigen. Nachdem Genosse Ledebour in höchst sachlichen, jedes aggressiven Charakters entbehrenden Darlegungen, unter Hinweis auf das einstmal doch bei dem Freisinn im höchsten Ansehen stehende Beispiel Englands unseren Antrag begründet hatte, bestieg der schönrednerische Pachnacke die Tribüne. Der Herr stand einstmals im Verdachte, Sozialreformer zu sein. Die Zeiten sind vorüber. Pachnacke ist der getreueste Bismarckpudel geworden und soll sogar gedroht haben, sich ganz an Wiemers volksparteilichen Busen zu werfen, falls die freisinnige Vereinigung nicht ständig nach der Pfeife des Rattenfängers in der Wilhelmstraße tanzen wolle. Herr Pachnacke — nebenbei mit sozialdemokratischer Stichwahlhilfe gewählt — erklärte sich gegen unseren Antrag, weil er die Marineverwaltung unter das Joch der Sozialdemokratie beuge!!! Genosse Hue leuchtete dem Pachtimer Manteldreher gründlich heim. Die Debatte hätte darauf ein Ende genommen, wenn nicht Herr Mugdan der Haser gestochen hätte. Wenn ein alter Droschkengaul, der früher bei der Kavallerie gestanden hat, Trompetenstöße hört, dann wird er

wild, und wenn etwas wie eine Sozialisten-debatte im Gange ist, dann scheidet Herr Mugdans Makkabäerblut. Mit blinder Wut stürzte sich der Block-Erkorene von Görlich auf unseren Antrag und bewies dabei eine so horrende Unkenntnis der allerersten Gewerkschaftsfrage, daß selbst Herr Giesberts vom Zentrum in einem Zwischenrufe als „Ferkel“ zu ihm sprach. Es wird übrigens den Freisinnigen Gelegenheit gegeben werden, Mann für Mann ihre Stellung zur Anerkennung der Gewerkschaften kund zu tun. Die Abstimmung über unseren Antrag ist namentlich und wird am Sonnabend erfolgen.

Es folgte der Etat des Reichseisenbahnamts. Dieses Amt ist eine bloß kontrollierende Behörde, die aber doch sozialpolitisch wirken könnte, wenn sie wollte. Erdrückendes Material über die unsozialen und rückständigen Zustände bei den Eisenbahnverwaltungen brachte Genosse Stolle vor. Übermäßige Arbeitszeit, schlechte Bezahlung, politische Knebelung ist das Los der Eisenbahnarbeiter. Trotz seiner Blockzugehörigkeit mußte der lübecker Demokrat Storz diesen Ausführungen zustimmen. Am Sonnabend wird die Beratung fortgesetzt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Galavorstellung im Dreiklassenzirkus.

Der konservative Abgeordnete v. Brandenstein, jener Sunker, der sich vor einiger Zeit darüber aufregte, daß Leute mit „zerlegbaren Hemden“ auf der Eisenbahn die erste Klasse benutzen dürften, fühlte Donnerstag das Bedürfnis, sich bei der Beratung des Justizetats durch eine „schneidige“ Rede in Erinnerung zu bringen. Nachdem er den Ausschluß der Presse bei Sensationsprozessen befürwortet, weiter für Verbeihaltung der Zeugniszwangsvollster für Redakteure plädiert hatte, kam er auf sein eigentliches Thema: „Den Herrn Minister möchte ich auch fragen, was die Justizbehörden gegen die Straßendemonstrationen der Sozialdemokratie zu tun gedenken. In der Kommission meinte der Herr Minister, die Sache wäre ganz neu, sie müsse erst ihren Gang durch die Instanzen gehen. Er hätte Erkundigungen einziehen müssen, wie von seinen Behörden die Sache behandelt worden ist. Wenn zu Zeiten Tessen dorfs derartige Dinge passierten, wurde er zwar nicht nervös, aber er ergriff energische Maßnahmen und hatte seinen Plan fertig, ehe das offizielle Material vorlag. Ich nehme an, daß der Herr Justizminister heute nicht mehr jagen wird: die Sache ist erst eben passiert, ich bin noch nicht informiert. Man sollte doch in solchen Fällen vorbeugen und es nicht erst zu blutigen Köpfen kommen lassen, wenn man es nicht vorzieht, die Massen unter die Feuerpritze zu nehmen. Wir müssen das allmähliche Eineregerieren der Revolutionsbataillone abschaffen und die Schule des Aufruhrs schließen.“

Sofort trat der Minister der preußischen Gerechtigkeit, Bessler heist er, auf, um den wilden Sunker zu beschwichtigen. Er sagte:

„Gegen die Straßendemonstrationen sind die Staatsanwaltschaften angewiesen, unverzüglich und mit Nachdruck einzuschreiten. Die einzelnen Fälle müssen aber erst später geprüft werden. Die Schuldigen werden jedenfalls streng bestraft werden! Freilich sind die Rädelsführer, die sich im Hintergrunde halten, schwerer zu fassen, als diejenigen, die auf die Straße gehen.“

Der Geist Tessen dorfs soll also über der preußischen Justiz walten, und der oberste Beamte dieser vorzüglichen Institution stellt im voraus strenge Strafen in Aussicht.

Durchaus auf dem Niveau dieser Justizdebatte stand auch die Erklärung des konservativen Abgeordneten Brehmer gegen einen Antrag, das Strafverfahren gegen jugendliche Personen in einer ihrer Eigenart entsprechenden Weise zu gestalten. Brehmer erklärte: Dem Antrage können wir nicht zustimmen, weil wir erst abwarten wollen, was die Reform des Strafvollzugs, die uns in Aussicht gestellt wird, bringen wird. Hinweisen möchte ich darauf, daß sich in Dänemark der Richter jugendliche Attentäter vorführen und durchprügeln lassen kann.

Tessen dorfs-Justiz und amtliche Prügel, das ist das einfache System, wonach die Sunker das preußische Volk behandelt wissen wollen. Nun muß man sich erinnern, was Tessen dorf tat und was er erreichte. Es war im Jahre 1874, als Tessen dorf seinen berühmten Feldzug gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein begann. Der Schließung der Organisation der Lassalleaner folgte bald darauf die der Eisenacher. Zerstören wie die sozialdemokratische Organisation und die Sozialdemokratie nicht mehr! Das war der Leitgedanke der Tessen dorfschen

Aktion. Schon vor dem Erlaß des Ausnahmegesetzes war die Sozialdemokratie auf dem Gebiet des Vereinsrechtes vogelfrei — was alle anderen Parteien ungestraft tun durften, war ihr verwehrt. Eine über das ganze Reich sich erstreckende Zentralorganisation wurde ihr unmöglich gemacht. Tessenlof hatte im ganzen Reich gelehrige Schüler gefunden; die sozialdemokratischen Organisationen waren zerstört. Und die Sozialdemokratie? Sie lebte und gedieh! Sie stieg von 180 319 + 171 351 = 351 670 Stimmen, die bei den Wahlen von 1874 auf die Lassalleaner und die Eisenacher fielen, auf 493 447 Stimmen bei den Wahlen von 1877, sie vermehrte ihre Präorgane und die Leserschaft ihrer Blätter, sie steigerte ihre Einnahmen. Die aufgelöste Partei überstand die wüste Attentatsheke des Jahres 1878, die aufgelöste Partei hatte in den Jahren der Tra Tessenlof sowie innere Kraft und solchen festen Zusammenhalt gewonnen, daß der Hammer des Sozialistengesetzes sie nicht zermalmen, sondern nur noch fester schmiedete konnte.

„Ich will kein Zentrums-Kaiser sein!“

Der „Bayer. Kurier“ schreibt: „Nach der neuesten Nummer des „März“ hat der Kaiser diesen Ausspruch zum Fürsten Bülow getan, worauf dieser es als seine erste Pflicht ansah, dem Bruch mit dem Zentrum herbeizuführen. Die Mitteilungen des „März“ sind nach unseren Informationen zutreffend; sie besagen aber auch, daß der neueste Kurs nicht einer Laune des Kanzlers entsprungen ist und daß es fraglich ist, ob mit dem Rücktritt des Fürsten Bülow eine andere Richtung eingeschlagen wird.“

Die Auffassung des „Bayer. Kurier“ ist durchaus richtig. Der Kaiser erklärte dem Fürsten Bülow, er wolle kein Zentrumskaiser sein und gehoriam brach der Kanzler mit seinem geliebten Zentrum. Die Äußerung bekundet aber nicht etwa, der Kaiser wolle nicht klerikal sein — Wilhelm II. vereinigt vielmehr in seine Politik den Klerikalismus aller Konfessionen — sondern nur er wolle nicht abhängig sein vom Parlament, dessen ausschlaggebende Partei das Zentrum ist. Kein Zentrumskaiser heißt also kein Parlamentskaiser;

Was verstehen denn die davon?

Die badische Landwirtschaftskammer sprach am 29. d. Mts. unter dem Vorsitz des nationalliberalen Landtagsabgeordneten Sängers ihre einmütige Zustimmung zur projektierten Einführung einer Tabakbändersteuer aus. — Viele Herren verstehen doch von der Tabakbändersteuer genau so viel wie der Ochs von der Bibel.

Block und Reichsvereinsgesetz.

In den „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreibt der freisinnige Abgeordnete Dr. Müller-Meinungen einen Artikel „Zum Reichsvereinsgesetz, ein Beitrag zur Blockpolitik“. Er erzählt darin, daß die Beratungen über das Reichsvereinsgesetz in der Kommission nur äußerst langsam vorangehen, weil zahlreiche Anträge über die wichtigsten Materien lange Debatten nötig machen, und er sagt alsdann:

„Ob trotz allseitigen guten Willens ein rascher Fortgang der Verhandlungen möglich ist? Ich bezweifle es, so sehr ich es wünschen möchte. Die unangenehme Haltung der Regierung trägt zu einer pessimistischen Ausspannung der Verhandlungen nicht wenig bei.“

Eine Warnung erscheint zurzeit nicht ganz unangebracht. Es besteht nach dem Vorgange bei § 1 die Gefahr, daß durch die Annahme der freisinnigen Anträge seitens der Sozialdemokratie und seitens des Zentrums die Nationalliberalen und Konservativen sich diesen Anträgen gegenüber vielleicht mehr zurückhalten, als dies für die Aufrechterhaltung des sogenannten „Blockbündnisses“ nützlich ist. Ohne Entgegenkommen gegenüber diesen Anträgen, die selbst wieder ein gewisses Kompromiß innerhalb des freisinnigen Blocks bedeuten, ohne den Fürst Bülow keine „Blockmehrheit“ besitzt, ist eine Fortsetzung der sogenannten Blockpolitik für die Linken liberalen meines Erachtens unmöglich. Darüber besteht wohl nirgend ein Zweifel — nach dem 10. Januar wohl erst recht nicht!

Es ist daher dringend zu wünschen, daß eine Einigung über diese Wünsche baldmöglichst sowohl mit den Regierungen als zwischen den Parteien erfolgt; in den Kommissionen liegt jetzt der sogenannte „Block“!

Bisher hat sich von einem Entgegenkommen der Konservativen an die Wünsche ihrer freisinnigen Blockgenossen allerdings ganz und gar nichts gezeigt. Entgegenkommen haben nur die Freisinnigen bewiesen, indem sie von einer entschiedenen Bekämpfung des Bülowischen Reichspolizeigesetzes Abstand nahmen. Die Konservativen dagegen stellen Anträge zur Beseitigung auch der geringen Verbesserungen, die die Reichsgezeasovelle enthält. Herr Müller-Meinungen hält unter diesen Umständen eine laute Warnung für angemessen. Er möchte lieber mit Nationalliberalen und Konservativen ein schlechtes Reichsvereinsgesetz zustande bringen, als sich durch ein Zusammenstimmen mit Zentrum und Sozialdemokratie der Gefahr auszusetzen, daß ein freisinnigeres Gesetz zum Scheitern gelangt. Er droht also laut und sagt dem Fürsten Bülow, er solle ein freundliches Wort bei den Konservativen einlegen, daß sie doch in der Vereinsgesetzfrage nicht so heillosartig verbleiben mögen. Herr Müller möchte gern, daß die Konservativen etwas mehr Entgegenkommen zeigen, damit der Freisinn nicht allzuweit entgegenkommen müßte. Wie weit der Freisinn aber schließlich Entgegenkommen erweisen wird, wer mag es voraussagen? Zwischen Regierungsfähigkeit und Wählerangst schwanken die Müllerischen Gelichter un sicher her und hin. Sie wissen selbst nicht, ob sie am nächsten Tage Oppositionsliste oder Reaktionsklaven sein werden.

Dieser Müller-Freisinn könnte sich ein Beispiel nehmen an Frauen bürgerlicher Kreise, die frisch und klar ihre Stellungnahme bekunden: Eine bürgerliche Frauenversammlung in Berlin nahm am 28. Januar folgende Resolution an:

Die von der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Bundes für Frauenbürgerrecht einberufene öffentliche Volksversammlung erwartet, daß der Deutsche Reichstag den Entwurf eines Reichsbürgerrechtsgesetzes in seiner gegenwärtigen Form ablehnen wird, da er die heute in verschiedenen Staaten des Reiches bestehende Vereins- und Versammlungsfreiheit aufhebt.

Die Versammlung verlangt ein freies Vereinsgesetz ohne jede polizeiliche Beschränkung. Die Frauen im besondern erklären, daß sie nicht gewillt sind, die ihnen günstigen Bestimmungen im Gesetz durch Ausnahmebestimmungen gegen die fremdsprachige Bevölkerung zu erkaufen.

Die Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Gegen sie stimmte nur ein zufällig anwesender — liberaler Mann.

Strafkolonien für deutsche Verbrecher.

Der Abgeordnete v. Liebert (Reichspartei) hat mit Unterstützung von Mitgliedern der Reichspartei und der wirtschaftlichen Vereinigung im Reichstage zur zweiten Lesung des Justizetats beantragt, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, durch ein besonderes Reichsgesetz eine Ergänzung des Strafgesetzbuches dahin zu bewirken, daß den nach ihrer körperlichen und geistigen Beschaffenheit zum überlebensfähigen Strafvollzuge geeigneten, innerhalb bestimmter Altersgrenzen stehenden Verurteilten auf Ansuchen durch die Strafvollzugsbehörde „gestattet“ werden könne, die auferlegte längere Freiheitsstrafe in einer deutschen Strafkolonie (Südseeinsel) zu verbüßen.

Der Wunsch, wisse Kolonialbesten in Menschengestalt, die sich in unserer jungen Kolonialgeschichte einen Namen gemacht haben, in eine Strafkolonie zu schicken, ist sicherlich nicht der Vater des Gedankens gewesen, daß man ihnen „gestatten“ sollte, ihre Strafe in den Kolonien zu erlebigen. Die Antragsteller werden, das hoffen wir selbst bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen, gründlich abfallen.

Die Sozialistendebatte

im badischen Landtage, welche sich infolge der provozierenden Angriffe des Ministers v. Bodman auf die Sozialdemokratie entspann, fand am Mittwoch ihren Höhepunkt in der Abmehrerde des Genossen Rechtsanwalts Dr. Frank, der auch die Industriestadt Mannheim im Reichstage vertritt. Er verwies den Minister bezüglich seiner Erklärung: ein Sozialdemokrat könne in staatlichen oder städtischen Diensten nicht geduldet werden, auf die positive Tätigkeit der 1000 sozialdemokratischen Gemeindevertreter und der drei sozialdemokratischen Bürgermeister Babens. Gerade die konservative Partei habe der Minister ins Präsidium bringen wollen — es ist ihm allerdings nicht gelungen —, deren preußische Vettern für die Beseitigung des Reichstagswahlrechtes eintreten. Der Vorwurf, die Sozialdemokratie arbeite im Sinne des Auslandes, werde ob seiner Wirkung durch die jüngste Rede des Sozialisten Szaures in der französischen Kammer — Marokko-Affäre — glänzend widerlegt. Die badische Sozialdemokratie könne sich für ihre revolutionäre Gesinnung auf die Vorfahren der badischen Liberalen berufen, die 1848 den Großherzog Leopold aus dem Lande gejagt hätten. Die badische Regierung könnte durch Verhinderung der Besteuerung des Tabaks, durch Beseitigung der Schäden der badischen Hausindustrie und durch geeignete Maßnahmen der auch in Baden herrschenden Arbeitslosigkeit sich um das Wohl der Arbeiterschaft bessere Verdienste erwerben, wie durch den „Nachweis“, daß die Sozialdemokratie verneinend, antinational und umstürzlerisch sei. Der Minister habe von einer überbliebenen Behandlung unserer Partei gesprochen; bis jetzt sei auch in Baden die Sozialdemokratie als ein Stiefkind betrachtet worden.

Ein skandalöser Rechtsraub.

Auf den Reichseisenbahnen, die der Verwaltung und Kontrolle des Reiches unterstehen, macht sich immer mehr der preußische Geist der Unterdrückung und Vergewaltigung breit. Schon im Jahre 1906 erregte es gewaltiges Aufsehen, als die Reichseisenbahnverwaltung den Eisenbahnarbeitern den Beitritt zum Süddeutschen Eisenbahnarbeiterverband verbot und zwei bereits bestehende Ortsgruppen in Straßburg und Bischheim auflöste. Mit diesen Maßregeln war aber die Entrechnung der Eisenbahner noch nicht vollständig. Dem fortgesetzten schmachvollen Rechtsraub, den man hier an den Eisenbahnen verübt, wurde gelegentlich der Wahlrechtsverhandlungen im Reichslande die Krone aufgesetzt. Am Sonnabend voriger Woche wurden die Arbeiter in Bischheim vor die Werkmeisterbureaus gerufen, wo ihnen erklärt wurde, daß sie die öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen, die von der sozialdemokratischen Partei zugunsten des allgemeinen Wahlrechtes veranstaltet werden, bei Maßregelung zu meiden haben; die Verwaltung dulde eben solches nicht. Damit wäre man in Preußen-Deutschland glücklich zum System der Staatsklaven gelangt. Kein Koalitionsrecht, kein Wahlrecht zu den Landparlamenten, das Wahlrecht zum Reichstage beschränkt durch Verhängung der Arbeiter und Spitzel, kein Versammlungsrecht; wer wollte sagen, daß sich Preußen-Deutschland im Zeichen des konservativ-liberalen Auf- und Krach-Blocks nicht zu einem Colorado der Freiheit ausbilde. Es ist charakteristisch, daß die herrschenden Gewalten es gerade in der Tra der konservativ-liberalen Blockpolitik unternehmen dürfen, die Entrechnung der Staatsarbeiter zu vollenden.

Der Rücktritt des Reichsschatzsekretärs Stengel soll, wie im Reichstage verlautet, baldigst zu erwarten sein. Was kann's schnuppe sein, ob diese Meldung zutrifft oder nicht.

Das 25 Pfennigstück kommt!

Das 25 Pfennigstück wird allem Ansehen nach wenigstens „im Prinzip“ nicht mehr lange auf sich warten lassen. Wie verlautet, wird die entsprechende Vorlage dem Bundesrat zugehen, auch wenn die endgültige Form der neuen Münzgattung noch nicht feststeht.

Die Wahlprüfungskommission

beschloß in ihrer Donnerstagssitzung zunächst, die Wahl des Abg. Dr. Arning (7. Hannover.) für gültig zu erklären. Sodann prüfte die Kommission die Wahl des Abg. v. Byern (deutsche, 3. Magdeburg). Der von freisinniger Seite eingelegte Protest behauptet zunächst, daß durch die bei der Hauptwahl stattgefundenen Wahl-

beeinflussungen das Wahlergebnis infolgedessen gefälscht worden sei, als der konservative Kandidat zu Unrecht in die Stichwahl gekommen sei. Die Kommission war einstimmig der Meinung, daß die behaupteten Wahlbeeinflussungen eine solche Verfehlung in den Stimmenverhältnissen der Kandidaten nicht hätten herbeiführen können. Es entfielen auf den konservativen Kandidaten v. Byern 11 935, auf den Kandidaten der Freisinnigen (Lehrer Mertens) 8591 Stimmen. Bei der Stichwahl erhielten Stimmen: von Byern 12 838, Mertens 11 678. Der Wahlprotest behauptet nun, daß die Amtsvorleser Hackmeyer in Gommern, Meißner in Großglück und Baron von Münchhausen in Leizken in verschiedenen Orten, so namentlich in Gommern, Gütersglück, Leitzkau, Walfarnienburg, Eibenau, Grünwald, Ladeburg unzulässige Wahlagitatorien betrieben haben. Desgleichen sollen die Gemeindevorsteher in Leitzkau, Jötki und Preßlin in unzulässiger Weise auf die Wähler eingewirkt haben. Da die Behauptungen des Wahlprotestes nicht immer genügend substantiiert waren, die Zahl der hier in Frage kommenden Wähler auch nur eine geringe war, so hätten im ungünstigsten Falle etwa 600 Stimmen in Abzug gebracht werden können, so daß immer noch eine geringe Mehrheit verbliebe. Da aber nach den Behauptungen des Protestes auch viele Stimmzettel zu Unrecht für ungültig erklärt worden sind, so soll hier noch eine genaue Nachprüfung stattfinden. Eine Kassation der Wahl erscheint nichtsdestoweniger unwahrscheinlich.

Sittliche Entrüstung.

Die ganze Schale ihres Hornes gießt die „Deutsche Tageszeitung“ über den Aufgeber folgenden Inserats aus, das einige Male im Schweizer Handelsamtsblatte zu lesen war:

„Stellengesuch eines Deutschen! Deutscher Kaufmann (der die deutschen Zustände als Schmach empfindet) sucht in der Schweiz Vertrauensvoten und stellt Kautions in jeder Höhe! Offerten sub Chiffre Z. N. 695 an die Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Zürich.“

Mit Sauberdenkungen, wie „trauriges Zeichen vaterlandslöser Gesinnung, völliger Mangel an nationalem Ehrgefühl, trauriger Beweis einer nichtswürdigen Gesinnung“ wird nur so herumgeworfen, obwohl der betreffende Kaufmann mit nicht minderm Recht die deutschen Zustände als Schmach empfindet, wie sie die ostbaltischen Junker mit Wohlbehagen erfüllen. Fühlt sich einer von dieser angenehmen Sippe zurückgesetzt, so macht er es wie der mecklenburgische Rittergutsbesitzer von Treuenfels, der vor einigen Monaten offiziell erklärte, daß der Tag zu den schönsten seines Lebens gehören werde, an dem er den Stab seines Vaterlandes von den Pantoffeln schütteln könne. Und warum? Weil man ihm keine Soldaten als Hilfskräfte zu den Erntearbeiten senden wollte!

Vereinigte Staaten.

Kapitalistische Manöver. In den Vereinigten Staaten besteht die Einrichtung, daß die Gerichte in jedem beliebigen Einzelfall neue oder alte Gesetze als „unkonstitutionell“ und darum für unglücklich erklären können. So befindet sich die Legislatur, die Gesetzgebung, in der eigentümlichen Lage, ganz nach Belieben Vorschriften erlassen zu können, aber ob sie zur Anwendung gelangen dürfen, das hängt ganz vom Belieben der Gerichte ab. Seit sich der Kapitalismus so gewaltig entwickelt hat, ist ein raffiniertes Doppelspiel ausgebildet worden. Die Kandidaten der verschiedenen kapitalistischen Parteien versprechen, um Arbeiterstimmen zu fangen, alle möglichen sozialen Gesetze, und mitunter halten sie auch ihr Versprechen ganz oder teilweise, so daß in einzelnen Staaten ganz gute Arbeiterschutzgesetze erlassen worden sind. In dem Augenblick aber, wo derartige Vorschriften den Ausbeutern unangenehm werden, bringen diese einen beliebigen Fall vor Gericht, und prompt erklären dann die Richter, fast durchweg Kreaturen der „Prominenten“, das betreffende Gesetz für „unkonstitutionell“ und unglücklich. Ein krasser Fall ist soeben wieder vorgekommen. Gedrängt durch die Gewerkschaften und um sich die Arbeiterstimmen nicht zu entfremden, haben die Repräsentanten ein Gesetz geschaffen, wodurch es verboten wird, Eisenbahner wegen ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft zu entlassen. Die Eisenbahnmagnaten sahen aber einen „Fall“ und brachten ihn vor Gericht. Sofort erklärte der höchste Gerichtshof das Verbot für verfassungswidrig, so daß, wie zuvor, die Eisenbahner ihre Angestellten maßregeln können. — Vielleicht wird mit der Zeit die öftere Anwendung dieses Tricks den Arbeitern die Augen öffnen über das kapitalistische System, das sie in ihrer Mehrheit heute noch als unabänderlich betrachten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend den 1. Februar.

Zug von Mauern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Zug nach der Gredesmühler Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Der Sozialdemokratische Verein hält am Montagabend im Vereinshaus seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Abrechnung von der Silvesterfeier sowie ein Referat des Genossen Löwig über die gegenwärtige politische Situation. Genossen, erscheint zahlreich.

Dem Jahresbericht des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Jahrestelle Lübeck, für 1907 entnehmen wir folgende Angaben: Das Jahr 1907 ist wie das Vorjahr der Entwicklung unserer Verwaltungsstelle durchaus günstig gewesen, sowohl in finanzieller Hinsicht als in bezug der Mitgliederzunahme. Die Mitgliederzahl stieg von 1886 auf 2270, die im Durchschnitt 50 Beiträge im Jahre leisteten. Die durch die Mitgliederzunahme erwachsene Mehrarbeit erforderte zum 1. Juli die Anstellung eines zweiten Beamten. In Lohnbewegungen fanden 6 statt; die alle auf gültigem Wege geregelt wurden. In der Maifeier beteiligten sich 1013 Mitglieder. Hieron wurden 819 Mitglieder bis zum 13. Mai ausgezahlt. Von dem in diesem Jahre in Betrieb genommenen Hochofenwerk können wir berichten, daß auch hier unsere Organisation feiten Zug gefaßt hat. Die Kassen-Verhältnisse sind folgende: a) Hauptkasse. Die Einnahmen betragen 67 723,31 Mk. einschließlich eines Zuschusses der Hauptkasse von 14 000 Mk.

und eines Kassenbestandes von 172,41 Mk. am Ende des Jahres 1906. Die Ausgaben betragen 57,702,85 Mk.; hiervon wurden 16,900 Mk. an die Hauptkasse in Stuttgart gesandt. Die Einnahmen setzen sich wie folgt zusammen: Beitragsmarken verkauft an männliche Mitglieder 91,822 Stück 59,247,50 Mk., an weibliche Mitglieder 11,064 Stück 200,150 Mk., Beitrittsgebühren von 585 männlichen Mitgliedern 278,10 Mk., Beitrittsgebühren von 101 weiblichen Mitgliedern 20,20 Mk., Gesamt-Einnahme 53,251,90 Mk. — An Ausgabe-Kosten sind nachstehende hervorzuheben: Reise- und Ausgabekosten 2,300 Mk., Ausgabe an 13,900 Mk., Gewerbesteuerunterstützung in Bayern 20,113,15 Mk., Arbeitslosenunterstützung 15,897,70 Mk., Zerstreuungsgeld 104, — Mk., Wahrungelung (Mittelteil) 11,995,30 Mk., für besondere Notfälle 241, — Mk., Zinsgebühren 295, — Mk., sonstige Ausgaben 37,25 Mk., 20 Proz. der Beiträge 10,599,15 Mk., Summa 59,902,86 Mk., Kassenbestand am 31. Dezbr. 1907 20,45 Mk. b. Vorkasse. Einnahmen: 90,259 Beiträge à 10 Bfg. = 902,590 Mk., 12,920 Beiträge à 5 Bfg. = 64,600 Mk., in Summa 967,190 Mk., 20 Proz. der Beiträge 19,343,80 Mk., sonstige Einnahmen 513,76 Mk., Kassenbestand am 31. Dez. 1906 313,31 Mk., Gesamt-Einnahmen 23,910,43 Mk., Ausgaben: Geschäftsführer und Mitgliedsarbeiter 32,335,40 Mk., Erziehung 598,00 Mk., Verwaltung 3176,37 Mk., Porto, Drucksachen, Literatur usw. 68,11 Mk., Bureauante, Heizung, Licht usw. 427,33 Mk., Aquation 676,00 Mk., Unterstützung an durchbreitende Kollegen 97,65 Mk., Arbeitslose am Weihnachtsfest 122,00 Mk., Zinsgebühren 168,00 Mk., Wahrungelung (Mittelteil) 12,995,30 Mk., Zerstreuungsgeld 104, — Mk., Gewerbesteuerunterstützung in Bayern 20,113,15 Mk., sonstige Ausgaben 857,17 Mk., Gesamt-Ausgaben 13,377,81 Mk., Kassenbestand am 31. Dezember 1907 10,532,62 Mk., mithin in diesem Jahre ein Mehr von 7,399,31 Mk.

Wegen öffentlicher Beleidigung des Direktors der „Lübcker Bank“, Speckmann, hatte sich am Freitag der bekannte Humorist Ludwig Puls vor dem Schöffengericht zu verantworten. Puls hatte in seinem Varieté als sog. Karikaturenmaler den Speckmann, der damals unter dem Verdacht des Betruges, den er als Mitinhaber der „Lübcker Bank“ begangen haben sollte, in Untersuchungshaft lag, im Witze vorgeführt und dazu ein entsprechendes Couplet gesungen. Sp. ist später aus der Untersuchungshaft entlassen und das Verfahren gegen ihn eingestellt worden. Als Puls nunmehr von dem früheren Kompanion des Sp. erücht wurde, das betr. Couplet und das Bild nicht mehr zu bringen, ist er dieser Aufforderung nur insoweit nachgekommen, daß er an beiden Änderungen vornahm, sie aber im übrigen nach weiter dem Publikum zu Gesicht und Gehör brachte. Das Gericht sah hierin eine beabsichtigte Beleidigung des Speckmann, dem Puls habe denselben lächerlich machen wollen. Die Strafe lautete auf 100 Mk. Geldstrafe eventuell 10 Tage Gefängnis.

Gewerbegericht. Der Arbeiter B. klagt gegen die Firma Alb. Gr. auf Zahlung von 17,40 Mk. B. war eingestellt gegen einen Stundenlohn von 41 Bfg.; Kündigungsfrist war ausgeschlossen. Am 8. Januar wurde dem Kläger, nach seiner Angabe, mitgeteilt, er und noch eine Anzahl Arbeiter müsse drei Tage aussetzen, da Arbeitsmangel vorhanden sei. Als er dann wieder um Arbeit angefragt habe, hätte er solche nicht erhalten. Ein Entlassungsschein ist ihm nicht ausgestellt worden. Deshalb verlangt er jetzt 17,40 Mk. — das ist der ortszübliche Tagelohn für 6 Tage — als Entschädigung. Die beklagte Firma behauptet gegenüber den Befundungen des Klägers, daß letzterer nicht habe aussetzen müssen, sondern daß er und noch ein Arbeiter entlassen worden sei. Zwecks weiterer Beweiserhebung wurde die Verhandlung vertagt. — Der Arbeiter M. klagt gegen den Bierverleger W. auf Zahlung eines Wochenlohnes in Höhe von 32 Mk., da er ohne inhaltlichen Grund plötzlich entlassen worden sei. Er hat eines Tages, als er mit seinem Fuhrwerk nach den Dörfern Moising und Wefenberg fahren sollte, eine längere Zeit in ein Wirtschaft in der Schmiedestr. zugebracht. Darauf sei der Besitzer des Fuhrwerks, der beklagte W., von einem Schuhmann aufgefordert worden, das Fuhrwerk von der Straße zu entfernen. Darauf wurde M. ohne weiteres entlassen. Kläger gibt an, daß es mit zu seinen Obliegenheiten gehörte, in der betr. Wirtschaft nach Bestellungen vorzuzufahren. Da der Beklagte keinen gesetzlichen Grund anführen kann, der zur sofortigen Entlassung des M. berechtigt, so schlägt der Vorsitzende des Gerichts vor, daß W. im Wege des Vergleichs dem Kläger 30 Mk. zahlen soll. Zunächst wurde dieser Vorschlag sowie überhaupt jeder Vergleich vom Vertreter des Beklagten abgelehnt. Später, nachdem die Verhandlung bereits zwecks persönlicher Vernehmung des W. auf den nächsten Freitag vertagt war, einigten sich die Parteien dahin, daß M. 24 Mk. erhält und seine Mehransprüche aufgibt. — Gegen das Hochofenwerk klagt der Arbeiter G. auf Zahlung von 63 Mk. als Entschädigung für 14 Tage. G. war im Sommer vorigen Jahres für das Hochofenwerk engagiert worden und zwar hatte man ihm einen Lohn von 4,50 Mark pro Tag versprochen. Später kam er in die Mollerei des Werkes und erhielt nur 3,75 Mark täglich. Diese Arbeit hat er vier Monate lang verrichtet, doch wurde ihm dieselbe zu schwer und deshalb ersuchte er um anderweitige Beschäftigung. Der Betriebsführer wollte ihm auch solche zwischen, doch sollte dann der Lohn auf 3,50 Mark gekürzt werden. Darauf ließ sich G. jedoch nicht ein, denn mit 3,50 Mk. konnte er — so gibt er an — beim Hochofenwerk nicht existieren. Er verlangte sein Geld und seine Papiere. Weder wurde ihm auch ausgeschüttet, doch mußte er vorher einen Schein unterschreiben, nach welchem er erklärte, selbst seine sofortige Entlassung verlangt zu haben. G. verlangt, wie bereits oben gesagt, nunmehr eine Entschädigung für 14 Tage, da ihm keine Beschäftigung zu dem ihm zugesicherten Lohn zugewiesen worden sei; den Schein habe er unterschreiben müssen, weil er sonst seinen verdienten Lohn nicht bekommen hätte. Die Kürzung des Lohnes von 4,50 Mark auf 3,75 Mk. habe er sich j. St. nur gefallen lassen, weil er gebunden war, da er in den Wohnungen des Hochofenwerkes wohnt und Vieh im Stalle hatte. Das Gericht wies die Klage ab und setzte die Gebühr auf 3 Mk. fest.

pb. Festgenommen wurde der Buchhandlungsreisende, der vor einigen Tagen wegen Unterschlagung zum Nachteil seines Chefs zur Anzeige gebracht wurde. Er hielt sich bis zu seiner Festnahme hier verborgen.

pb. Zehnpfeller. Gegen drei Arbeiter und einen Zimmermann wurde Anzeige seitens eines hiesigen Wirtes wegen Zehnpfellererei erstattet. Sie ließen sich gemeinschaftlich zu essen und zu trinken geben, ohne im Besitz von Geld zu sein.

pb. Einbruch auf dem Hochofenwerk. Im Lohnbureau des Hochofenwerkes wurde am Donnerstag, den 30. d. Mts., ein Tischkasten erbrochen und aus demselben 38,50 Mk. geholt. Als Täter wurde ein junger Kaufbursche ermittelt und festgenommen.

pb. Unter falscher Flagge. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Neustadt in Bosen, der sich als Obdachloser unter falschem Namen in das Gefangenenbuch des Marienstifts eingetragen ließ, wegen Unkenntnis fähig.

Die Seefahrer-Krankenkasse kann in diesem Monat auf ein 50-jähriges Bestehen zurückblicken. Begründet wurde die-

selbe am 8. Februar 1858 bei einem sogenannten „Nachklapp“ nach einem Matrosenball in dem Lokale des Herrn Suhr bei der Mühlenbrücke. Von den Gründern gehören der Kasse heute noch zwei alte Seeleute an: Der frühere Lotse Heinrich Schmitt und der frühere Matrose Hövel. Der Vorstand der Kasse hat nun eine würdige Jubiläumfeier zum Mittwoch, den 5. Februar, in sämtlichen Räumen der „Stadt-halle“ vorbereitet. Außer Konzertvorträgen von Jakobs Konzert-Orchester verspricht das Programm einen szenischen Prolog in 6 Bildern, „Seemannsleben“ betitelt, der Seemanns Leben in Wort und Bild behandelt. Die Zwischenzeit soll durch humoristische Vorträge des Karl Stoll ausgefüllt werden und ein flotter Ball die Feier beschließen. Hoffentlich wird ein volles Haus die Mühen des Vorstandes lohnen, umso mehr, als ein etwaiger Überschuss des Festes der Kasse zugute kommen soll.

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Signorina Prevosti ist stets eine große Anziehungskraft aus, sodas auch bei ihrem morgigen Gastspiel als Violetta in Verdis Oper „Traviata“ das Theater ausverkauft wird. Billets sind bis mittags 1 Uhr bei F. W. Kappel, außerdem noch bis 2 Uhr und dann wieder von 5 Uhr ab an der Theaterkasse zu haben. Nachmittags 4 Uhr findet wie bekannt die einmalige Kinder-vorstellung „Prinzessin Tulipane“ oder „Die Reise nach dem Mond“ zu besonders kleinen Preisen statt. Für Montag wird Gustav Mosers Lustspiel „Der Hypochonder“ einstudiert. Dienstag wird „Der Zigeunerbaron“ wiederholt, während Mittwoch und Donnerstag keine Vorstellungen stattfinden. Freitag geht zum erstenmal die Oper „Das Glöckchen des Cremiten“ in Szene, Sonnabend: Othello.

Santa-Theater. Auf das heute, am 1. Februar, beginnende Gastspiel der Reed-Financ-Company sei hiermit noch einmal hingewiesen. Das hiesige Engagement legt Herrn Ritterer große finanzielle Opfer auf, aber in dem Bestreben, dem Publikum stets die Autoritäten auf dem Gebiete des Varietés zu zeigen, werden die Eintrittspreise die gleichen sein. Neben den Reed-Financs ist auch noch eine ganze Reihe anderer erstklassiger Künstler verpflichtet. Eintrittskarten für die ersten vier Vorstellungen sind schon jetzt bei Tager, Rohmarkt, zu haben.

Kaiser-Panorama. Wer etwas wirklich Schönes und Interessantes sehen will, der besuche in dieser Woche das Kaiser-Panorama; es wird ein Jokus von Wiesbaden, Besuch des neuen Kurhauses und des Römer-Kaisers Saalburg, ausgestellt. Die Innen-Ansichten vom Kurhaus fassen an Frucht und Großartigkeit ihresgleichen. Wir sehen den großen und kleinen Konzertsaal, den Lesesaal, die Wandelhalle, den Wintergarten und Spielfeld etc. Ferner besuchen wir das Römer-Kaisers Saalburg. Dasselbe bildet ein Rechteck mit abgerundeten Ecken und ist 21,45 Mtr. lang bzw. breit, seine Umschließung bestand aus einer 4,80 Meter hohen und 1,92 Mtr. starken zinnenbekrönten Mauer, der Wehrgang als Stand für die Schützen 2,20 Mtr. Auf ihm standen in nischenartigen Zinnen die Verteidiger mit der Wurfklaue; die Mauer, ein 3 Fuß breiter Umgang mit zwei Wehrtürmen; auf der Wehrtürme ist noch ein Turm vorragend. Das Kastell hatte 4 Tore; jedes von zwei viereckigen Türmen flankiert.

Samburg. Verbrechen gegen das keimende Leben. Die Polizeibehörde beschäftigt sich mit einer größeren Untersuchung wegen Verbrechen gegen das keimende Leben. Durch Vernehmung der Beschuldigten ist es gelungen, noch drei weitere Frauen zu ermitteln, die sich desselben Vergehens schuldig machten. Unter den Beschuldigten befindet sich auch eine Hebamme.

Kiel. Billig davongekommen. Ein Pastor B. aus der Gegend von Kiel hatte zu Lehrern und einem Bahnbearbeiter den Verdacht ausgesprochen, daß eine Witwe S. mit einem Lehrer N. ein unlauteres Liebesverhältnis unterhalte. Als die betreffende Witwe hiervon Kenntnis erhielt, strengte sie gegen den Pastor die Privatbeleidigungsklage an und beiriet entschieden, mit dem 20 Jahre jüngeren Lehrer jemals ein Liebesverhältnis gehabt zu haben. Das Schöffengericht verurteilte auch den Pastor zu 30 Mk. Geldstrafe. Wegen seine Verurteilung legte der Pastor Berufung ein und betonte, er sei auch Schulinspektor und habe daher auch das außerdienstliche Verhalten des Lehrers im Auge zu behalten. Die Regierung erhob darauf zugunsten des Pastors B. den Konflikt, da dieser keine Amtsbefugnisse nicht überschritten habe; ein Schulinspektor habe die Pflicht, sich um die außeramtliche Führung eines Lehrers zu kümmern und darüber Erkundigungen einzuziehen. Das Oberverwaltungsgericht erachtete den Konflikt nur zum Teil für begründet. B. habe in dienstlicher Eigenschaft gehandelt, als er über die Angelegenheit mit den Lehrern sprach; ein dienstliches Interesse komme aber nicht in Frage, insofern B. mit einem Bahnbearbeiter die fragliche Angelegenheit erörterte. Der Konflikt erweise nur dann begründet, wenn unzweifelhaft feststehe, daß Beamte sich einer Überschreitung oder Unterlassung einer ihnen obliegenden Amtshandlung nicht schuldig gemacht haben. Die Überschreitung einer Amtshandlung müsse aber angenommen werden, insofern B. die fragliche Angelegenheit mit einem Bahnbearbeiter besprochen habe. Dem gerichtlichen Verfahren sei demnach insoweit Fortgang zu geben. — Nachdem der Herr Pastor so billig davongekommen — ein Sozialdemokrat wäre sicherlich ganz anders verurteilt worden — sollte er füglich den Mund halten.

Kiel. Verhaftete Kindesmörderin. Ein in der Haselmann-Straße wohnendes Dienstmädchen ist als die Mutter eines Kindes ermittelt, dessen Leiche im Viehburger Gehölz gefunden wurde. Nach ihren eigenen Angaben hat sie das Kind im Gehölz erwürgt.

Rendsburg. Wegen Kindesmordes hatte sich am Mittwoch die Ehefrau Jange aus Rendsburg vor dem Schwurgericht zu verantworten. Der Gemann der Angeklagten, der Bergmann Jange, verblüht gegenwärtig wegen eines in Weiskalen verübten Totschlags seit 1904 im Rendsburger Zuchthaus eine Strafe von sechs Jahren. Seine Ehefrau war später ebenfalls nach Rendsburg übergesiedelt und dort bei einer Frau Jakobson in den Dienst getreten. Am 9. Oktober gab sie in der Waschküche ihrer Dienstherrschaft einem Kinde das Leben. Sie warf es jedoch gleich nach der Geburt in den mit Lauge gefüllten Waschkessel, so daß es ertrank. Die Geschworenen folgten den Ausführungen des Verteidigers, der sie bat, die traurigen Umstände zu berücksichtigen und billigen der Geständigen mildernde Urteile zu. Das Urteil lautete darauf auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis. — Auf die gleiche Weise wie die Verurteilte hat am Dienstagabend ein im Kronwerk in Rendsburg dienendes Mädchen ihr heimlich geborenes Kind ums Leben gebracht. Auch diese unnatürliche Mutter warf das Kind in den Waschkessel; sie wurde verhaftet.

Holtenau. Vereinigung der Neptunwerft mit anderen Werften. In der Sitzung der Aktiengesell-

schaft „Neptun“, Schiffswerft und Maschinenfabrik zu Holtenau, wurde beschlossen, die Auszahlung einer Dividende von 7 Prozent, gegen 6 1/2 Prozent im Vorjahre, der Generalversammlung vorzuschlagen. Gleichzeitig wird der Vorschlag gemacht, den bisherigen Namen der Gesellschaft in „Neptun-Dowalds-Werft, Aktiengesellschaft für Schiff- und Maschinenbau“, umzuändern und das Aktienkapital um 500,000 Mk. zu erhöhen. Des weiteren beschloß der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft „Neptun“ im Wege der Fusion die Siderwerft in Lüdingen für die „Neptun-Dowalds-Werft, Aktiengesellschaft“ zu übernehmen, falls das seitens der Aktiengesellschaft „Neptun“ gemachte Angebot des Autarkies von 2 Sider-Werft-Aktien gegen eine Neptun-Dowalds-Werft-Aktie von der Siderwerft angenommen wird. — Der Aufsichtsrat der Dowalds-Werke, Aktiengesellschaft in Kiel beschloß, einem an die Gesellschaft gelangten Angebot der Aktiengesellschaft „Neptun“, Schiffswerft in Holtenau, zwecks Herbeiführung einer Betriebsvereinigung näherzutreten. Danach sollen die Geschäfte der beiden Gesellschaften gemeinsam unter der Firma „Neptun-Dowalds-Werft, Aktiengesellschaft für Schiff- und Maschinenbau“ fortgeführt werden.

Theater und Musik.

Stadthallen-Theater. Der „Zigeunerbaron“, Operette in 3 Akten von J. Strauß, es ist verständlich, daß eine Theaterdirektion an guten Akten nicht festzuhalten, denn an dem Neuen — auf dem Gebiete der Operette wenigstens — kann man sich kaum erfreuen. „Der Zigeunerbaron“ gehört zu den besten Erzeugnissen seines Genres, er ist flott, melodisch und nicht ohne Humor. Man mehr von einer Operette! Die Leitung unserer Stadthallen hatte bei der gelungnen Aufführung auf die Ausstattung besonders Wert gelegt. Es waren neue Kostüme angeschafft worden und so präsentierten sich die Mädchen der Zigeuner sowohl als auch diejenigen der Magnaren recht niedlich und appetitlich. Auch die Szenerie war sehr nett hergerichtet worden. Mit der musikalischen Leitung war Herr Kapellmeister Moritz betraut; der Künstler beherrscht das Werk bereit bis in die kleinsten Einzelheiten, daß er dasselbe frei aus dem Gedächtnis dirigieren konnte. Ihm ist die wirklich lebendige Wiedergabe der Operette in erster Linie mit zu danken. Frau Piorkowski, die trefflich bei Stimme war, gab die Zschi mit bestem Gelingen. Auch Herr Mark spielte und sang die Titrolle in frischer Weise. Besonders schön gelang das bekannte Duett „Wer uns getraut“ Hr. Bonander erkante als Czibra durch ihre vornehme Gesangsweise; im Dialog hätte sie jedoch etwas mehr aus sich herausgehen müssen, da man nichts von dem, was sie sagte, verstehen konnte. Herr Willen war als Schweinezüchter Szupan — wie gewöhnlich — drastisch komisch. Erwähnt seien noch Hr. Garden (Arten), sowie die Herren Hendrich (Ottomar) und Ferling (Homonay). Die ganze Vorstellung war gut vorbereitet und verdiente mehr Beifall, als sie fand. P. L.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 31. Jan. Der frühere Forstleutnant Willi Schwabzenitz ein soll jetzt eingekerkert haben, seinen Vater erschossen zu haben. Eine amtliche Bestätigung der Nachricht liegt noch nicht vor.

Berlin, 31. Jan. In der Kommission des Reichstages für die Zuckersteuernovelle erklärte der Reichssekretär, daß die Annahme des Antrages Graf Schwerin-Löwis (R.), welcher die Ermäßigung der Zuckersteuer für die Annahme der Zuckerkonvention zur Bedingung macht, nicht annehmbar sei, und daß im Falle, daß der Reichstag auf diesem Antrage bestehen sollte, voraussichtlich die Konvention scheitern würde. Als annehmbar bezeichnete der Staatssekretär den Antrag Wiemer (F.V.), welcher eine Ermäßigung der Zuckersteuer erst nach Beschaffung anderer Einnahmen bedingen will. Die Kommission beschloß gleichwohl mit 21 gegen 3 Stimmen, die Konvention nur mit dem Antrage des Grafen Schwerin-Löwis anzunehmen.

Essen, 31. Januar. Auf der Beche Prosper wurden zwei Bergleute erschlagen und getötet.

Stuttgart, 31. Januar. In Buchenhofen wurde die zehnjährige Tochter des Müllers Albrecht von der Transmition erfaßt, wobei ihr Schädel zertümmert wurde. Die zu Hilfe eilende Mutter wurde gleichfalls mitgerissen und lebensgefährlich verwundet.

London, 31. Jan. Die „Central News“ meldet aus New York, daß in der New River-Grube bei Charles-town (Westvirginia) eine schwere Explosion infolge schlagender Wetter stattgefunden hat, bei der eine Anzahl Menschen getötet oder verletzt wurden. Bisher konnten 11 Tote geborgen werden.

New-York, 31. Januar. Plötzlich hereinbrechende Kälte von 14 Grad Reaumur in der Stadt und über 20 Grad in der Umgegend verursachte zahlreiche Todesfälle und schwere Leiden unter den Armen. Die öffentliche Wohltätigkeit wird infolge dieses Witterungsumschlags und der Arbeitslosigkeit stärker in Anspruch genommen als seit 14 Jahren.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Butterpreise.
Hamburg, den 31. Januar.

1. Qualität	132—138 Mk.
2. „	125—129 „
Ferner:	
Fehlerhafte und ältere	— „
Schleswische und holsteinische Bauernbutter	— „
Russische und ähnliche	124—128 „
Galizische und ähnliche, verzollt	— „
Amerikanische	— „

Sternschanz-Viehmarkt
31. Januar.

Der Schweinehandel verlief ruhig. Zufgeführt wurden 2346 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandschweine schwere 53—54 Mk., leichte 52—52 1/2 Mk., Sauen 47—52 Mk. und Ferkel 46—50 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Kowig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Wir führen nur reelle
gute Qualität.
Preise staunend
billig.

Inventur-Ausverkauf.

Trotz der billigen
Preise geben wir
Rote Rabatt-Marken
oder 4 Proz. in bar.

Ein Posten
Herrn-Krawatten
sonst bis 2,00 Mk.
jetzt 50 Pfg.

Ein Posten Herrenkragen
4fach 3 Stück 95 Pfg.

Ein Posten
bunte Oberhemden
sonst bis 5,00 Mk.
jetzt 2,50 Mk.

Ein Posten Unterhemden
1,45 Mk.

Ein Posten Unterhosen
1,25 Mk.

Ein Posten Glacés 50 Pf.

Ein Post. Strümpfe 25 Pf.

Ein Posten
weisse Bezüge
2,25 Mk.

Ein Posten
bunte Bezüge
1,95 Mk.

Ein Posten Kopfkissen
m. Bogen 65 Pfg.

Ein Posten Kopfkissen
m. Einsatz 95 Pfg.

Ein Posten Kopfkissen
m. Hohlsaum 1,75 Mk.

Lübeck,
Untertrave
111/112.

Ein Post. Gardinen
1-8 Fenster
teils für die Hälfte.

Ein Posten
Steppdecken
Stück 2,95 Mk.

Ein Posten
Teppiche

sonst 58.— Mk.
jetzt 39,00 Mk.
sonst 44,00 Mk.
jetzt 29,00 Mk.

Günstigste Gelegenheit
für ganze
Braut-Ausstattungen

Bettstellen u. Matratzen
größte Auswahl am Platze.

Fertige Betten, Bettfedern u. Daunen.

Ein Posten
Damenhemden
95 Pfg.

Ein Posten
Damen-Beinkleider
95 Pfg.

Ein Posten
Unterröcke
95 Pfg.

Kinder-Wäsche
einz. Stücke billig

Einzelne Stücke in
Damen-Wäsche

wie
Taghemden,
Nachthemden,
Röcke, Bein-
kleider

teils für die Hälfte.

**Tuch- u. Sommer-
Unterröcke**

enorm billig.

Ein Posten
Kinder-Schürzen
für die Hälfte.

Ein Posten
Kinder-Strümpfe
für die Hälfte.

Ein Posten
Haus-Schürzen
für die Hälfte.

Ein Posten
Reste
für jeden nur an-
nehmbaren Preis.

Tischtücher,
Handtücher.

Gebrüder Hefti

Carl Folkers Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.

Vollständige Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmer-Einrichtungen stets vorräufig.

Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.

Zahlung geteilt.

Bei Barzahlung Rabatt.

Gabe rote Lubeca-Marken.

RAN

(geleslich geschützt)
ist infolge seiner eigenartigen Präparation
das beste staubbindernde Fußbodenöl
Ran ist ein vorzügliches Konservierungsmittel
für Holz, Linoleum, überhaupt viel betretene
Fußböden.

(Staubverminderung ca. 60-70 pSt.)

Georg Bornhöfft

Untertrave 44-45, h. d. Drehbrücke.

Alle Sorten

Weine und Spirituosen

auch im Klein-Verkauf und Ausverkauf
empfehlen

J. Höpner, Redergrube 66

G. Wackenhut, Fackenburg.

Sarg-Magazin.

Lager fertiger Särge

sowie sämtlicher Einleibungen.

Inventur-Ausverkauf.

Die Preise sind **noch weiter heruntergesetzt.**

Bekannt feinste Verarbeitung. Bekannt guter Sitz. Keine Partiewaren.

Winterpaletots

jetzt 8⁰⁰ 12⁰⁰ 18⁰⁰ 24⁰⁰ Mk. etc.

Jackett-Anzüge

jetzt 9⁰⁰ 12⁰⁰ 19⁰⁰ 26⁰⁰ Mk. etc.

Loden-Joppen

jetzt 3⁰⁰ 6⁵⁰ 11⁰⁰ 14⁰⁰ Mk. etc.

Buckskin-Hosen

jetzt 2⁰⁰ 2⁷⁰ 3⁴⁰ 4⁷⁵ Mk. etc.

Knaben-Pyjacks

jetzt 2⁰⁰ 3⁵⁰ 6⁰⁰ 8⁰⁰ Mk. etc.

Ein Posten wollene Knabenblusen jetzt 1⁰⁰ Mk. an.

Ein Posten Knaben-Leibchenhosen jetzt 50 Pfg. an.

Ein Posten wollene Strickwesten jetzt 1⁰⁰ Mk. an.

Ein Posten Knaben-Kniehosen jetzt 1⁰⁰ Mk. an.

Jedes Stück wird gern aus den Schaufenstern verkauft.

Spille & v. Lühmann

Lübeck,
Sandstr. 17.

Riesen-Möbel-Ausverkauf

Sandstr. 28, Ecke Schmiedestr. 2

ist eröffnet u. dauert nur kurze Zeit.

Enorme Auswahl.

Nie wiederkehrende

billige Preise,

da zu jedem

annehmbaren Preis verkauft wird.

Konkurs Stoppelman.

Grosser Ausverkauf

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Herren-, Damen- und Kinderschirme, Spazier-
stöcke, Hüte, Mützen, Pelzkragen für Herren und

Damen in großer Auswahl.

Alleinverkauf: **Holstenstrasse 16.**

Inventur- und Saison-Ausverkauf

Pelzwaren

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

E. Hirsekorn, Sandstr. 20.

Schuhwaren - Inventur - Ausverkauf.

Preise teilweise bis zur Hälfte ermäßigt.

F. Meyer, Huxterdamm 2.

Trotz der billigen Preise Rabatt-Marken.
Bitte Schaufenster beachten.

Gleichberechtigung.

Herr Hertel sieht sich wieder als Schulmeister und ertheilt hochmögliche Zensuren an allerlei Leute. Jetzt ist es der heftige Großherzog, der nach allen Regeln der Klipp- und Koppel abgedeckt wird, weil er mit Sozialdemokraten gesprochen hat. Herr Hertel schnauzt ihn an, es sei schäblich unverständlich, wie ein Monarch in der Sozialdemokratie eine gleichberechtigte Partei erblicken könne, die doch die Monarchie selber befehde und deshalb außerhalb der Verfassung stehe. Herr Hertel erweitert hier seinen rückständigen, sächsisch-preussischen Barbarenstandpunkt zu dem einzig erlaubten Standpunkt in der Welt. In wirklichen Kulturländern, wie in England oder Frankreich, würde man jeden als einen Narren auslachen, der mit derartigen Ansichten angezogen käme. In Frankreich gibt es eine politische Richtung, die die Monarchie wieder einführen, und in England eine andere, die das Land in eine Republik umwandeln will, ohne daß es deshalb auch nur einem Menschen einfallen könnte, ihr die Gleichberechtigung abzupfeifen zu wollen. Dazu muß man schon ein Kranzjunker sein, der die hinterpommersche Küste für die Gestade des Weltmeeres und die preussische Gefindeordnung für die edelste Bille aller Geistesfreiheit hält. Aber diese edle Rasse darf ja überhaupt nicht über die Grenzen ihrer Kartoffelheimat hinaus, ohne allgemeiner Lächerlichkeit zu verfallen.

Auch der heftige Minister bekommt bei dieser Gelegenheit von Hertel seinen Klaps, weil er gesagt hat, gegen Straßendemonstrationen sei so lange nichts einzuwenden, wie die öffentliche Ordnung nicht gefährdet werde. Der Minister wird die drolligen Stillübungen des dicken Gernegroß aus der Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ mit vielem Vergnügen gelesen haben, zumal er sich der Haltung der „Kreuzzeitung“ getrüben kann, die seinem badischen Kollegen Bodman gegenüber eine bei weitem weniger schroffe Haltung einnimmt. Dieser badische Minister erklärte, die Sozialdemokraten dürften zwar keine Staatsbeamten werden, von wegen ihrer republikanischen Gesinnung, im übrigen aber hatte er die Gnade, ihnen doch noch die „Gleichberechtigung“ zuzuerkennen. Die „Kreuzzeitung“ nennt diesen Standpunkt „durchaus korrekt“, und wir zweifeln nicht, daß jetzt der bakelischwingende Schulmeister aus der „Deutschen Tageszeitung“ auch über die „Kreuzzeitung“ herfallen wird.

Was soll überhaupt das ganze Geschwätz von der „Gleichberechtigung“ der Sozialdemokratie? Merkt man nicht, wie lächerlich man sich macht mit der Forderung, ein Viertel der Nation als nicht gleichberechtigt behandeln zu wollen? Wenn die Junker und Junkerrecht es vermöchten, sie hätten der klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft schon lange die „Gleichberechtigung“ abgeprochen, und soweit sie es durch die Praxis der Staatsverwaltung und der Aufsichtspflege können, haben sie es ja auch dahin gebracht, daß allenthalben mit zweierlei Maß gemessen wird, daß also die Arbeiterklasse tatsächlich nicht gleichberechtigt ist. Wenn das Junkertum diesen tatsächlichen Zustand auch gesetzlich festlegen will, wenn es jeden als außerhalb der Gesetze stehend erklären will, der mit der Infamie des Bestehens nicht einverstanden ist, so könnte uns das im Interesse der politischen Aufklärung nur lieb sein. Um so schneller hätte das heutige System abgewirtschaftet, das sich überhaupt nur durch den trügenden Schein erhält, als gestehe es allen Klassen die Gleichberechtigung zu.

Soziales und Parteileben.

Angedrohte Aussperrung. Aus Berlin wird berichtet: Die Direktion der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik hat ihren Arbeitern eine gesamte Aussperrung angedroht, falls bis zum nächsten Freitag von den streikenden Einrichtern, Schlossern und Werkzeugarbeitern die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird. Hierzu nahm eine von 20 000 Arbeitern dieses Werkes besuchte Versammlung Stellung. Sie nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie den Streik als durchaus berechtigt erklärte und sich verpflichtete, falls es notwendig sei, mit den Streikenden in jeder Hinsicht gemeinsame Sache zu machen.

Wird er Beweise bringen? Das Gewerkschaftskartell in Schmölln hat an den dortigen Amtsrichter Schuster folgendes „Offenes Schreiben“ gerichtet: „Nach einer von einem ganzen Reihe absolut einwandfreier Ohrenzeugen uns gemachten Mitteilung haben Sie, Herr Amtsrichter, in der Schöffengerichts-Verhandlung vom 21. Januar gelegentlich einer Berufungssache bei der Urteilsbegründung gesagt: „Es ist dem Gericht längst bekannt, daß zwischen den organisierten Arbeitern und den nichtorganisierten Arbeitern ein heftiger Streit besteht. Es kommt einem organisierten Arbeiter selbst auf einen Meinelid nicht an.“ Das unterzeichnete Gewerkschaftskartell, als die berufene Vertretung der hiesigen organisierten Arbeiterschaft, weist diese Äußerung als eine Beleidigung, wie sie schmerzlicher und verletzender nicht erhoben werden kann, mit aller Entschiedenheit zurück. Diese Unterstellung setzt eine Niedrigkeit des sittlichen und moralischen Empfindens seitens der erörternden Mehrheit der hiesigen Arbeiterschaft voraus, gegen welche wir mit aller Entschiedenheit Verwahrung einlegen. Wir bewundern zwar die fähige Sicherheit, mit welcher Sie diesen Grundlag aufstellen. Aber wir müssen Ihnen, Herr Amtsrichter, jede Legitimation absprechen, in dieser abfälligen Weise über die organisierten Arbeiter zu urteilen, hintermalen wir Sie, Herr Schuster, trotz Ihrem Amte, nicht als unfehlbare Macht betrachten, welcher gestattet wäre, was anderen Sterblichen verboten ist. Daß ein solcher Ausspruch nicht geeignet ist, unser Vertrauen zu Ihrer Rechtsprechung sonderlich zu erhöhen, dürfte vielleicht Ihnen selbst einleuchten. Da es aber des Landes Brauch ist, Behauptungen nicht nur aufzustellen, sondern auch zu beweisen, so erwarten wir, daß Sie, Herr Amtsrichter, sich beeilen werden, diese Ihre Äußerung in genügender Weise zu begründen.“ Wir glauben kaum, daß der Herr Amtsrichter eine Antwort finden wird.

Antisemitismus und Nationalliberalismus ist ein. Die Verwaltungsmitglieder (Vorstände) des deutschen nationalen (antisemitischen) und des national-liberalen Handlungsgehilfen-Verbandes haben am Sonntag in Berlin über die Verschmelzung verhandelt und beschlossen, eine Kommission einzusetzen, welche die Grundzüge zur Verschmelzung ausarbeiten soll. Was ist denn nun geschehen, daß sich die beiden feindlichen, einander bisher so heftig bekämpfenden Brüder vereinigen wollten? Nun, in einer etwas orakelhaft klingenden Erklärung sind die Gründe dafür auseinandergesetzt, die also lauten:

„In der klaren Erkenntnis (?), daß die wirtschaftliche Lage der deutschen Handlungsgehilfen und die ihrem Stande drohenden Gefahren ein einheitlicheres Zusammenfassen der in der Handlungsgehilfenbewegung vorhandenen Kräfte gebietet, verlangen, haben sich die unterzeichneten Mitglieder des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen (Sitz Leipzig) und des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes (Sitz Hamburg) einmütig entschlossen, als Ergebnis einer von beiden Seiten zwanglos eingeleiteten und am 28. Januar 1908 in Berlin abgehaltenen Besprechung die leitenden Körperschaften ihrer Verbände aufzufordern, ohne Verzug die erforderlichen Schritte zur Erörterung einer Interessengemeinschaft mit dem so bald als möglich zu erzielenden Endziel eines völligen Zusammenschlusses beider Verbände vorzunehmen. Wir sind überzeugt, daß die Vereitigung der diesem Ziele entgegenstehenden Schwierigkeiten gelingen wird, wenn die leitenden Körperschaften und die Mitglieder beider Verbände überall

das gleiche Maß von Verantwortlichkeitsgefühl für die Interessen des ganzen Standes an den Tag legen werden, das uns bei der Abfassung und Unterzeichnung dieses Aufrufes geleitet hat.“

Den Mitgliefern beider Verbände kommt die Nachricht von der Verschmelzung sicher ebenso überraschend wie der Öffentlichkeit. Bisher wußte man, daß sich beide Verbände aufs heftigste bekämpften. Der Leipziger Verband mit seinen 70 000 Mitgliedern war bis vor wenigen Jahren eine reine Unterstufungsorganisation. Erst durch die Radaupolitik des antisemitischen deutschnationalen Verbandes veranlaßt, beteiligte sich der Leipziger Verband, oder richtiger, sein Macher, seit einigen Jahren am politischen Leben, und zwar, da ihm viele Israeliten und bei solchen beschäftigte Handlungsgehilfen angehören, im nationalliberalen Sinne. Die beiden „nationalen“ Verbände haben sich bisher nicht nur auf politischem Gebiete bekämpft, sondern auch da, wo sie als wirtschaftliche Interessenvertretungen in Frage kommen: bei den Kaufmannsgerichtswahlen. Und jetzt diese Friedfertigkeit! Nun, wenn auch der Grund dafür in der Erklärung zwischen den Zeilen gelesen werden muß, so geht doch mit Deutlichkeit daraus hervor, daß beide Verbände innegemorden sind, daß ihr gegenseitige Bekämpfung nur dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen genügt hat. Auch das Geständnis ist festzuhalten, daß die wirtschaftliche Lage der Handlungsgehilfen und die ihrem Stande drohenden Gefahren ein einheitlicheres Zusammenfassen der Kräfte gebieterisch verlangen. Darin liegt aber auch zugleich das Zugeständnis, daß keiner der Verbände die wirtschaftliche Lage der Handlungsgehilfen bisher zu bessern in der Lage war. Diese Unterlassungssünde kann auch durch die Verschmelzung nicht wieder gut gemacht werden. Wenn die zukünftige „nationale“ Organisation etwas leisten will, muß sie Leute an die Spitze stellen, die das wirtschaftliche Leben kennen und den ernstlichen Willen haben, die Forderungen der Gehilfenschaft bei den Unternehmern zu vertreten, und nicht solche, die klagend das entgegennehmen, auch wenn es Schritte sind, was die Unternehmer gnädigst zu geben für gut befinden. Daß aus der Verschmelzung eine wirkliche Interessenvertretung der im Handelsgewerbe Ausgebildeten hervorgeht, ist mehr als zweifelhaft. Um so schneller wird sich aber die Aufklärung unter den Gehilfen vollziehen, welcher Organisation sie sich anschließen werden, und diese kann nur der Zentralverband sein.

Ein „Freisozialist“ des Verrats überführt. In Wien fand am Dienstag vor dem Bezirksgericht der Josephstadt der Prozeß des durch Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie und mit bürgerlicher Hilfe in Italien-Land gewählten Reichstagsabgeordneten Simon Starck gegen den Redakteur der „Arbeiterzeitung“, Genossen Winter, wegen eines Artikels statt, in welchem dem Abgeordneten Starck der Vorwurf des politischen Verrats gemacht wurde: Starck sei mit einzelnen Führern der Christlich-Sozialen in Verbindung getreten, um gegen eine Subvention von 10 000 Kronen diese Partei gegen die Sozialdemokraten zu unterstützen! Genosse Winter wurde freigesprochen mit der Begründung, daß ihm der Wahrheitsbeweis gelungen sei!

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 31. Januar 1908.

91. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: von Tirpitz. Die 2. Beratung des Marineetats wird fortgesetzt. Spethmann (Fp.) bringt Klagen der Angestellten und Beamten der Torpedowerkstatt Friedrichsort zur Sprache.

Uhlhorn (Fp.) fürchtet, daß Helgoland weggeschwemmt wird.

Staatssekretär v. Tirpitz teilt diese Befürchtung nicht. Dr. Paasche (M.) gibt den Schwimmdocks den Vortzug vor den Trockendocks.

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge. (12. Fortsetzung.)

„Was haben diese Professoren nicht schon verdammt! Wie haben sie jedem Wink gehorcht, und jetzt magen sie es, mich nicht zum Kanzler zu machen? — Das ist ein offener Abfall, Mylord, und wenn die Professoren abfallen, muß es weit gekommen sein! Ich begreife, daß Se. Majestät in den bestigsten Zorn geraten mußte.“

„Ihr irrt Euch“, erwiderte der Staatssekretär spöttisch lächelnd. „Die Universität hat sich entschuldigt, und der König ist damit zufrieden, aber es gibt einen anderen Vorfall, der Se. Majestät aufs äußerste verlegt hat.“

„Nun?“ fragte der Kanzler.

Der König hat heute den Versuch gemacht, das zwölfte Regiment zu einer schriftlichen Verpflichtung zu bewegen, ihm bei Durchführung seiner Absichten im Betreff der Festakte behilflich zu sein. Er erklärte den Soldaten in eigener Person, wer nicht unterschreibe, müsse den Dienst auf der Stelle verlassen.“

„Und was taten sie?“ fragte Jeffreys, als Sunderland schwieg.

„Nun, sie legten sämtliche Riflen und Mustfeten nieder. Nur zwei Offiziere und ein Duzend Gemeine, sämtlich Katholiken, gehorchten.“

Der Kanzler fuhr betroffen mit der Hand an seine Stirne. „Die Glenden!“ murmelte er. — „Und was tat der König?“

„Er stand blaß und stumm, dann endlich sagte er, der Stimme kaum mächtig: Nehmt Eure Waffen wieder auf. Ein ander mal will ich Euch die Ehre nicht antun, Euch zu fragen.“

„Er hätte es niemals tun sollen“, sagte der Kanzler hierauf halblaut.

„Das war auch mein Rat, aber es ist geschehen, und nun er den Beweis hat, wie wenig auf diese Soldaten zu zählen ist, mußte er einsehen, daß — diese Sache eine unglückliche und verlorene ist, die uns ins Verderben führt.“

„Er zwang mich“, sagte er zwischen den Zähnen.

„Mit meinem Räte sind die Bischöfe niemals angeklagt worden“, erwiderte Jeffreys. — „Er log, denn er war es, der

die Anlage eifrig betrieben hatte; er sowohl wie Sunderland waren die hilflosesten Werkzeuge gewesen.“

„Unterstützt Barillon“, sagte der Staatssekretär leise und dringend. „Ermahnt zur Vorsicht, zum Einlenken, zur Milde. Es ist Zeit, daß wir das Unmögliche von dem Möglichen trennen. — Da kommt der König.“

Und in der Tat öffnete sich die Tür der Galerie, und König Jakob trat herein. Sein Gesicht flammte, seine tief liegenden Augen waren rötlich entzündet, die gelblichen, schmalen Lippen zitterten vor Zorn und in der Hand hielt er ein Papier, das er zusammengeknittert hatte. — Hinter ihm erschien der französische Gesandte Barillon, kalt und unbeweglich wie immer, den Schlag machte Vater Petre, welcher freundlich und bedächtig die Tür zumachte.

„Ich hasse die ungebetenen Ratgeber“, sagte der König heftig, „und will meine Selbständigkeit bewahren. Glaubt man in Paris weiter zu sehen als in London? Glaubt man dadurch mein Wohl zu fördern, daß man von Verschwörungen träumt, die nicht existieren? Glaubt man, daß ich ein Kind oder ein Narr sei, daß andere für mich denken müssen, oder daß ich wie ein kleiner deutscher Prinz einen mächtigen Beschützer nötig habe?“

„Majestät“, erwiderte der Gesandte ruhig, „ich erfülle stets nur das, was mein Herr mir befehlt. — Man weiß in Paris, wie es scheint, allerdings mehr als wir. Der König, mein Herr, hat die bestimmtesten Nachrichten über die Pläne des Prinzen von Oranien, er weiß, daß eine mächtige Partei von Unzufriedenen in England vorhanden ist.“

„Aber keine Verschwörung“, erwiderte der König. „Wo sind die Verschwörer? Zeigt sie mir, nennt sie mir! Niemand wagt es, sich offen gegen mich aufzulehnen; ich besitze Macht genug, es zu hindern, und habe den Mut der Unzufriedenen gebrochen.“

„Dennoch“, fiel der Gesandte ein, „muß ich Em. Majestät nochmals die Worte meines Herrn wiederholen: Es ist unbegreiflich, schreibt der König, Ihr alle scheint in London zu schlafen, aber Euer Hof ist verhezt, während die größte Verschwörung droht, die je gebildet wurde.“

„O, ich begreife es“, sagte Jakob, gezwungen lachend. „Mit dem Ammenmärchen einer Landung in England hat man sich die Köpfe verdreht. Bedenkt es doch selbst, Herr Marquis, was wäre unnatürlicher und unerhörter? Wo

hätte die Weltgeschichte ein solches Beispiel aufzuweisen, wenn mein eigener Schmiegerlohn, der Mann meiner geliebten Tochter, ein Prinz voll königlichen Blutes, mit Meuturern und Rebellen gemeinsame Sache machte, um meine Krone angutasten? Nein, es ist so wie die Generalstaaten sagen. Die niederländische Flotte ist gegen die algerischen Seeräuber bestimmt, das Meer bei Nymwegen aber soll Eure Küstungen gegen die Deutschen beobachten.“

„Es ist möglich“, erwiderte Barillon, „immer aber dürfte die offene Erklärung meines Herrn, daß er jeden Angriff auf Em. Majestät als einen Angriff auf sich selbst betrachte, von guter Wirkung sein.“

„Ich muß diese Hilfe offen zurückweisen“, sprach der König stolz. — „Ihr wißt, wie ein großer Teil des englischen Volkes über mein Bündnis mit Frankreich denkt. Diese Erklärung entfremdet mir die Herzen und ist mir gefährlicher als alle Heere in Holland und alle Verschwörungen.“

„Ich wünsche, daß Em. Majestät Recht behalten“, sagte der Gesandte, sich beugend; „indes wage ich zu glauben, daß Em. Majestät dieses Bündnis noch niemals zu bereuen hatten.“

In dem Augenblick entstand ein gewaltiger Lärm aus dem Plaze vor dem Palaß. Das Geseul und das Getöse vieler Stimmen schallte herauf. — „Was gibt es da?“ fragte Jakob. — „Stre“, sagte ein eintretender Hofmann, „es sind die irischen Abgeordneten, die vom Volke begleitet werden.“

Der König trat ans Fenster, aber ein grimmes Lächeln suchte über sein Gesicht, als er einen Blick hinauswarf. Er erblickte eine Kutsche, die neben in den Hof des Schlosses biegen wollte, doch mitten in dem begleitenden Volkschaos fast stecken blieb. Eine Schar von lumpigen Burden und Weibern drängte sich jubelnd und ihre Hüte schwenkend heran, während eine Leibgarde ähnlicher Gesellen auf Wagen vorauszog, mit langen Stäben und Holzäpfeln versehen, an deren oberstem Ende große Kartoffelstücken steckten.

„Macht Platz für die Gesandten von Irland! Macht Platz für die irischen Gentleman!“ schrien sie aus Leibeskräften. In diesem Ruf folgte ein unaussprechliches Goh- und Goh-geräusch, in welches die ferner stehenden, den besten Volksklassen angehörigen Zuschauer ohne Ausnahme einstimmten.

Staatssekretär v. Tirpitz steht mit völliger Unparteilichkeit beiden Arten von Docks gegenüber.

Von den zum Bau fiskalischer Mietwohnungen Wilhelmshavener Offiziere geforderten 800 000 Mk. hat die Kommission 200 000 Mk. gestrichen.

Dr. Semler (N.) bittet um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Erzberger (Z.) ist in der Kommission für Streichung gemeldet, hat sich aber inzwischen überzeugen lassen. Redner fordert die Marinerverwaltung auf, die mit ihr in Beziehung stehenden Kommunen zur Einführung der Vermögenssteuer anzuregen.

Dr. Südekum (S.) schließt sich der letzten Anregung Erzbergers an.

Die 800 000 Mk. und der Rest des Stats werden bewilligt.

Erzberger (Z.) begründet die gestern mitgeteilte Resolution der Budgetkommission betreffend die Vergebung von Arbeiten der Marinerverwaltung an Firmen, welche nicht hinter den Bestimmungen der Tarifverträge zurückbleiben, und betreffend die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei der Regelung der Arbeitsbedingungen in den Reichsmarinebetrieben. Redner weist auf England hin und erklärt, gegen den Zusatzantrag Albrecht, welcher außer der Mitwirkung der Arbeiterausschüsse auch die der Arbeiterorganisationen verlangt, keine Einwände zu erheben.

v. Richtigshofen (R.) ist gegen die Resolution.

Lebedour (S.): Tarifverträge werden von allen Arbeiterorganisationen Deutschlands gefordert. Die Existenz von Arbeiterorganisationen ist die Voraussetzung der Tarifverträge, denn nur eine starke Organisation ermöglicht es den Arbeitern, auf dem Fuß der Gleichberechtigung mit den Unternehmern zu verhandeln. Selbstredend stimmen wir dem Verlangen nach Mitwirken der Arbeiterausschüsse, wie die Resolution sie fordert, durchaus zu. Daß die Arbeiterausschüsse dringend einer Stärkung bedürfen, hat gestern mein Parteigenosse Regien dargelegt. Außerst töricht ist der Einwand, daß unsere Forderung der Mitwirkung der Arbeiterorganisationen darauf hinauslaufe, das Koalitionsrecht in Koalitionszwang zu verwandeln. Selbstredend bezieht sich unser Antrag auf alle Gewerkschaftsorganisationen, auf die Hirsch-Dunckerschen und die christlichen Gewerkschaften nicht minder, als auf die freien Gewerkschaften. Es sollten daher alle Parteien, die Interesse an den verschiedenen Gewerkschaften nehmen, also Sozialdemokratie, Zentrum, Wirtsch. Vereinigung und Freisinn hier zusammen wirken. Aber ein freisinniger Abgeordneter hat in der Kommission sich gegen unseren Antrag ausgesprochen, weil der Marinerverwaltung nicht zugemutet werden könne, mit sozialdemokratischen Arbeitern zu verhandeln. Nun sind gewiß zu unserer Freude die Arbeiter in den Marinebetrieben überwiegend Sozialdemokraten. Das sollte aber doch für freisinnige kein Grund sein, diesen sozialdemokratischen Arbeitern die Ausübung ihres Koalitionsrechts verkümmern zu wollen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Konsequenz jener freisinnigen Äußerung würde sein, daß die Marinerverwaltung überhaupt keine Sozialdemokraten anstellen dürfte. Ich möchte aber sehen, wie sie dann ihren Betrieb aufrecht erhalten könnte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Staatssekretär hat gestern auf die Vorbildlichkeit des englischen Schiffbaus hingewiesen. In England ist aber das Prinzip, das in unserem Antrag zum Ausdruck gelangt, schon seit den neunziger Jahren durchgeführt. Als angemessen werden von der englischen Marinerverwaltung die Löhne betrachtet, die von den Trade Unions als angemessen anerkannt werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) In England also hat man seitens der Marinerverwaltung die Gewerkschaften anerkannt. Dies Vorgehen der englischen Marinerverwaltung hat die Tarifverträge bedeutend gefördert und ausgedehnt. Die deutsche Marinerverwaltung möge diesem Prinzip folgen: sie kann es um so leichter, als die großen, leistungsfähigen Schiffbauern, mit denen sie in Verbindung steht, durchaus imstande sind, die Tariflöhne zu zahlen. Durch Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen kann die Marinerverwaltung den Unternehmern ein gutes Beispiel geben. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Dr. Semler (N.) erklärt sich gegen die Resolution.

Dr. Bachnick (B.) tritt für die Kommissionsresolution ein, bekämpft aber den Antrag Albrecht. Die Gewerkschaften sind sozialdemokratische Organisationen und darum das größte Hindernis für den Frieden. (Beif. b. d. Freis.) — und auf der äußersten Rechten.) Für die Marinebetriebe kommen nur die Arbeiterausschüsse in Frage. (Lachen b. d. Soz.)

Behrens (W.) spricht sich für den Antrag Albrecht aus. Die Arbeiterausschüsse werden benutzt, um die Arbeiterorganisationen zu umgehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Lebedour (S.): Der Vorredner behandelt die Frage jedenfalls vorurteilsfrei, als Herr Bachnick. Er scheint allerdings nur für seine Person, nicht für seine Parteifreunde zu sprechen. Gewiß muß der Arbeiterausschuss gehört werden; aber bei Abmachungen allgemeiner Art ist die Verhandlung mit der Gewerkschaftsorganisation notwendig. Die Arbeiter

„Schickt die Wache hinaus!“ rief der König sich umwendend, bleich vor Zorn die Hände ballend. — „Fort mit dem frechen Gefindel! — Gibt es keine Aufsicht mehr, keine Schranke, keine Weiche und keine Büttel, welche die Schuldigen greifen und an den Karren binden? Haben wir darum erst die neuen Konstablerwachen eingeführt, um solchen Hohn vor uns in Augen zu walden?“

Die Festigkeit des Königs erschreckte seine Umgebung. Er blieb am Fenster stehen, die Wachen des Schlosses eilten hinaus und bestreuten den Wagen, aber die Soldaten lachten kaum weniger als das Volk, und niemandem geschah irgend ein Leid.

„Diese Frechheit des Pöbels haben wir zu fürchten,“ sagte der König, nicht aber die Phantasien einer holländischen Landung. — Hier steht der Präsident meines Geheimrats, der erste Staatssekretär des Reiches, Lord Sanderland. — Redet, Mylord. Sagt aufrichtig, glaubt Ihr daran? Halte Ihr es für im geringsten wahrscheinlich, daß eine so unerhörte Verschönerung gegen uns im Werke sein könnte?“

„Ich glaube es nicht, Eure,“ erwiderte der Lord, „es spricht zu vieles dagegen. Ich gehe über die Familienverbindungen fort, beachtliche keine ehelichen Töchter, Mütter, Nichten und Verwandlungen: aber in es denkbar, daß, wenn der Prinz selbst geheime Absichten hätte, die Generalstaaten ihre Einwilligung geben würden? Ist es denkbar, daß im Angesichte aller Könige und Fürsten eine solche freventliche Tat auszuführen sei? Ist es endlich denkbar, daß während die französischen Kriegsheere an den Grenzen stehen, Holland von Schiffen und Truppen embüßt, der Waade seiner Feinde Preis gegeben werden soll, um England anzugehen?“

„So ist es!“ rief Jakob, „und wenn er käme, er würde einen heissen Empfang finden. Meine Flotte liegt auf der Höhe; dreißig Linienfahrzeuge, bemantelt mit zwölftausend der besten Seeleute, geführt von treuen Offizieren und einem Admiral, Lord Dartmouth, der so gut ist, als stände ich selbst an der Spitze.“

(Fortsetzung folgt.)

der Marinebetriebe sind ja nicht ihr ganzes Leben mit der Marinerverwaltung verheiratet, die Fluktuation unter ihnen ist sehr stark. — Herr Bachnick wiederholte die Ausführungen seines weiteren Fraktionsgenossen in der Kommission und stellte die Gewerkschaften als Filialen der Sozialdemokratie hin. (Rufe b. d. Freis.: Sind sie auch.) Das ist durchaus falsch. Welche Organisationen sind ganz von einander getrennt, wenn sie auch vielfach aus denselben Personen bestehen. (Na also! b. d. Freis.) Mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ist es doch nicht anders. Auch die Hirsch-Dunckerschen beschäftigen sich bisweilen mit Politik. So haben sie sich neuerlich für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ausgesprochen. Natürlich nehme ich das nicht übel, und hoffe nur, daß Sie (zu den Freisinnigen) Ihren Freunden nicht Knäuel zwischen die Beine werfen. Die ganzen Ausführungen des Herrn Bachnick waren nur ein Versuch, die Tatsache zu bemängeln, daß es sich um einen feindlichen Akt gegen die Arbeiterorganisationen handelt (Zustimmung bei den Soz., Widerspruch b. d. Freis.), um einen Schlag ins Gesicht der sämtlichen Arbeiterorganisationen, auch der Hirsch-Dunckerschen. (Lärm b. d. Abg. Mugdan.) Ich hoffe, daß die Mehrheit des Hauses sich auf unleren Standpunkt stellen wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Bachnick (B.) ruft mit der Behauptung, daß die freisinnige Erklärung gegen den Antrag Albrecht der Ausfluß ganz besonderer Arbeiterfreundlichkeit sei, anhaltende ungläubige Heiterkeit bei den Sozialdemokraten hervor.

Hué (S.): Den freien Gewerkschaften wird vorgeworfen, daß sie politische Organisationen seien. Neulich haben die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in ihrem Programm die volle politische Gleichberechtigung der Arbeiter, namentlich auch in bezug auf das Wahlrecht (Sehr gut! bei den Soz.) und die Beteiligung aller indirekten Steuern auf Gegenstände des Massenkonsums gefordert. (Sehr gut! b. d. Soz.) — So lange ich im Gewerkschaftsleben stehe, habe ich meine gewerkschaftliche Unabhängigkeit nach allen Richtungen hin zu verteidigen gewohnt. Sie sehen daraus, daß der Neutralität der Gewerkschaften, deren Anhänger ich bin, in der sozialdemokratischen Partei keine Schwirigkeiten in den Weg gelegt werden, wobei ich allerdings nicht leugnen will, daß manche andere die allerintimste Verbindung der Partei und der Gewerkschaften für die beste halten. (Alta-Rufe bei den Freisinnigen. — Zuruf des Abg. Giesberts: Sie sind ein weißer Rabe! — Heiterkeit.) So viele weiße Raben gibt es ja gar nicht! (Heiterkeit.) Herr Behrens, ein Herr der äußersten Rechten, hat hier ganz zutreffend ausgeführt, daß die Arbeiterausschüsse benutzt werden, um die Gewerkschaften auszuschalten. Als selbst die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ den Unternehmern die Verhandlung mit der Seiebertskommission empfahl, erklärten die Unternehmer, daß sie nur mit den Arbeiterausschüssen verhandeln wollten. Vorher hatten sie die Verhandlung mit diesen abgelehnt. Der Effekt dieser Schwelung war, daß die Lohnbewegung auseinandergerissen wurde und am Ende die Arbeiter gar nichts bekamen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Arbeiterausschüsse sind einfach außerstande, Tarifverträge abzuschließen, schon weil sie nicht aus unabhängigen Leuten bestehen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn also die freisinnigen Freunde der Tarifverträge sind, so müssen sie für unseren Antrag stimmen. Der Herr Semler sprach von Breisittelgerungen infolge der Tarifverträge. Hat etwa die Firma Krupp, wenn sie Lohnauftragungen vornahm, die Preise der Marineleistungen herabgesetzt? (Sehr gut! b. d. Soz.) Gerade der freisinnige Abg. Raumann hat im Vorjahre die Rechtlosigkeit der Arbeiter in den Großbetrieben in lebhaften Farben geschildert. Wollen Sie den Arbeitern der Großbetriebe die Gleichberechtigung verschaffen, so müssen Sie für unseren Vorschlag stimmen. (Lebhafte Beifall bei d. Soz.)

Dr. Mugdan (M.) Der sozialdemokratische Antrag will alle Arbeiter unter das Joch der sozialdemokratischen Gewerkschaften zwingen. (Hübelnder Beifall b. d. Freis. u. Konf., Lachen b. d. Soz.) Die freien Gewerkschaften sind sozialdemokratische Organisationen. Der Antrag will die Marinerverwaltung zur Verhandlung mit sozialdemokratischen Organisationen zwingen. (Lofender Beifall rechts, Lachen b. d. Soz., Zurufe: Scharfmacher, Arbeiterfreund, Dekorierte!) Ich spreche immer nur im Interesse der Arbeiter. (Brauendende Gelächter b. d. Soz.) Ich bekämpfe die Sozialdemokratie, weil ich sie für die größte Arbeiterfeindin halte. (Freudlicher Beifall rechts.) Habe ich gegen die Interessen der Arbeiter gesprochen? (Zuruf b. d. Soz.: Eben jetzt! Heiterkeit b. d. Soz.) Ich bin von Arbeitern gewählt, aber was Sie gegen mich sagen, richtet sich auch gegen die Hirsch-Dunckerschen und die christlichen Arbeiter. (Zuruf im Zentrum: Was gehen Sie die christlichen Arbeiter an. — Zuruf b. d. Soz.: Wie er die Arbeiter aneinander herantreibt.) Wollen die Sozialdemokraten uns vormachen, daß sie die Verhandlung der Marinerverwaltung mit den Arbeitern aller Organisationen verlangen? (Stürmische Zurufe b. d. Soz.: Ganz selbstverständlich, zehnmal gesagt!) Was unterscheidet denn die Delegierten der verschiedenen Arbeiterorganisationen von den Arbeiterausschüssen? (Stürm. Heiterk. b. d. Soz. und im Zentr. Abg. Giesberts ruf: Meinich, setzen Sie sich bloß hin, Sie verstehen ja auch rein gar nichts! — Erneute Heiterkeit und lebh. Zustimmung b. d. Soz., im Zentr. und Abg. Tröstende Zurufe von den Konf.) Wir stimmen gegen den sozialdemokratischen Antrag und für den der Budgetkommission. (Brauendender Beifall auf der Rechten.)

Lebedour (S.): Ganz ausdrücklich habe ich in meiner Begründungsrede unseres Antrags hier erklärt, daß wir selbstredend Verhandlungen der Marinerverwaltung mit allen gegenwärtigen oder zukünftigen Arbeiterorganisationen wollen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wie das Ruhrgebiet zeigt, haben sich gemeinsame Aktionen aller Gewerkschaften vortrefflich bewährt. Herr Mugdan fragt mit naiver Unschuldsmiene, wo er je gegen Arbeiterinteressen gesprochen habe. Nun, seine heutige Rede und seine fortgesetzten gehässigen Angriffe gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen illustrieren hinlänglich seine Arbeiterfeindschaft. (Lebh. Sehr richtig! und Sehr gut! b. d. Soz.) Hoffentlich wird die Mehrheit des Hauses vorurteilsfrei genug sein, um trotz Herrn Mugdans im Interesse aller Arbeiter ohne Unterschied der Partei unseren Antrag anzunehmen. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Behrens (Wirt. Abg.) tritt im Interesse der christlichen Gewerkschaften lebhaft für den Antrag Albrecht ein. In allen reinen Arbeiterfragen gehen die verschiedenen Organisationen zusammen.

Dr. Mugdan (M.) behauptet erneut, ein Arbeiterfreund zu sein. (Anhaltende Hitz. b. d. Soz.)

Graf Hompesch (H.) beantragt namentliche Abstimmung über den Antrag Albrecht und Vornahme dieser Abstimmung zu Beginn der morgigen Sitzung. (Rufe rechts: Heute!)

Singer (S.) zur Geschäftsordnung macht auf die Verabredung aufmerksam, plötzlich beantragte namentliche Abstimmung erst in der folgenden Sitzung vorzunehmen.

Gegen die Stimmen eines Teils der Rechten und der Nationalliberalen wird beschloffen, die Abstimmung zu Beginn der Sonnabend Sitzung vorzunehmen.

Hierfür stimmen auch die Freisinnigen, deren Stärke sehr schwach besetzt sind.

Es folgt der Etat des Reichseisenbahnnamts Stolle (S.) tadelt lebhaft die schlechten Einrichtungen vieler Bahnhöfe und die Eingeleitigkeit mancher äußerst verkehrreichen Strecke. Hier sollte das Reichseisenbahnamt eingreifen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch für bessere Instruktionen des Strecken- und Bahnhofspersonals sollte das Reichseisenbahnamt sorgen. Es ist hierfür ja zuständig. Die Erfüllung meiner Wünsche liegt ebenso sehr im Interesse der Reisenden wie des Personals. Die Unterbeamten der Eisenbahn haben bei miserabler Bezahlung fortwährend den Tod vor Augen. Sie sind weit schlechter bezahlt als die entsprechenden Chargen der Post- und Polizeibeamten. Der Unterbeamte bei der Eisenbahn verdient rund 220 Mk. weniger als sein Kollege bei der Post. (Hört, hört!) Da sind die Fehlerliste solcher schlecht bezahlten Beamten nicht zu verwundern. Den Eisenbahnarbeitern wird das in der Gemeinbeordnung jedem Arbeiter garantierte Koalitionsrecht direkt verweigert, und der preussische Eisenbahnminister dehnt dieses Koalitionsverbot auch auf die Werkstattdarbeiter aus. Nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Angehörige anderer Organisationen sind auf die Proskriptionsliste gesetzt worden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wie kommt der preussische Eisenbahnminister zu solcher geschnittenen Anordnung. — Trotz der erheblichen Überschüsse der preussischen Eisenbahnen besteht noch eine Arbeitszeit von durchschnittlich 12—13 Stunden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Da braucht man sich nicht über die vielen Unfälle zu wundern. — Dem Wagenmangel ist noch immer nicht abgeholfen. Im Ruhrgebiet fehlten im letzten November 2300 Wagen. (Hört, hört!) Grit als auch die Landwirtschaft angefangen hat zu klagen, hat man eingesehen, daß es an Betriebsmitteln fehle. Moge das Reichseisenbahnamt für die Beseitigung der gerügten Mängel eintreten. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Dr. Burckhardt (B.) wünscht, daß überall bei den Eisenbahnen Arbeiterausschüsse eingeführt werden.

Präsident des Reichseisenbahnamts Schullz bezeichnet die neue preussische Eisenbahnbetriebsordnung als vortrefflich. Unfälle sind bei Eisenbahnen nun einmal unvermeidlich. Auf die Arbeiterverhältnisse bei den Eisenbahnen komme ich beim Etat der Verwaltung der Reichseisenbahnen. Dem Wagenmangel bemerken sich die Verwaltungen abzuwehren. Nur die wenigsten Unfälle sind auf Übermüdung zurückzuführen. (Beifall rechts.)

Storz (Südd. W.) tadelt die falsche Sparsamkeit, die die Ursache vieler Eisenbahnunfälle sei. Eschlich hatte Herr Stolle mit seinen Klagen über die Arbeiterverhältnisse bei den Eisenbahnen recht; aber das Reichseisenbahnamt ist hier nicht zuständig. Die Betriebsmittelgemeinschaft ist an dem Widerstande Preußens und Bayerns gecheitert. Das Kiasfo der Fahrkartenerhöhung können wir von der Linken nur mit Genugtuung konstatieren. Hoffentlich wird diese Steuer wieder beseitigt. Redner klagt über mangelhafte Beleuchtung und Heizung in den Zügen und rügt das Verbot des Verkaufs des „Vorwärts“ und des „Simplicissimus“ auf den Bahnhöfen. Diese Maßnahme atmet einen kleinlichen Polizeigeist. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr.

(Rechnungssachen, namentliche Abstimmung über die Resolution zum Marineetat, Nachtragsetat, Etat des Reichseisenbahnamts.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Genickstarre. In Baugen ist ein Infanterist an Genickstarre gestorben. Da zahlreiche Erkrankungen in dem dortigen Regiment festgelegt wurden, wurden die strengsten Vorsichtsmaßregeln angeordnet.

Folgen eines Wortwechsels. Aus Oberhausen wird gemeldet: Zwischen mehreren jungen Leuten, die einen Ausflug unternommen hätten, und dem Kutscher ihres Wagens entstand ein Wortwechsel, in dessen Verlauf der Kutscher plötzlich einen Revolver zog und einen der Beteiligten am Kopfe schwer verletzte. Der Täter wurde verhaftet.

Der erste deutsche Jugendgerichtshof. Donnerstag morgen um 10 1/2 Uhr wurde in Frankfurt der erste Deutsche Jugendgerichtshof in feierlichster Weise eröffnet. Der Oberlandesgerichtspräsident Dr. Hagen hielt vor Beginn der Sitzung eine längere Ansprache über die Bedeutung und den Zweck der Jugendgerichtshöfe. Dann begann die erste Sitzung, in der bereits acht Fälle auf der Tagesordnung standen, sodas die Bedürfnisfrage anscheinend im bejahenden Sinne beantwortet werden darf. Der Sitzung wohnten verschiedene Vertreter der Justizbehörde und der städtischen Armen- und Jugendfürsorge bei. Der Jugendgerichtshof ist an das Amtsgericht angegliedert. Vorsitzender ist der derzeitige Vormundschaftrichter. Die Zusammenkunftung ist wie beim Schöffengericht. Die Anklage vertritt der Oberstaatsanwalt. Eine zweckentsprechende Neuerung ist es, daß die Angeklagten nicht auf einer Anklagebank, sondern auf Stühlen Platz nehmen; überhaupt ist das Äußere des Gerichtszimmers viel freundlicher und weniger nüchtern als sonstige Gerichtszimmer. Die Altersgrenze der Angeklagten ist achtzehn Jahre.

Vom Kaisergeburtstagesessen in den Tod. Aus Melfeld a. d. Leine wird berichtet: Einen tragischen Tod fand in dem benachbarten Langerholzen der ca. 70jährige königliche Gegendiger Flebe. Gegen 2 Uhr morgens von einem Kaisergeburtstagesessen heimkehrend, verfehlte er in unmittelbarer Nähe seiner Wohnung eine über die Barne führende Brücke, geriet in das Wasser und ertrank. Seine Leiche wurde am 28. Januar gefunden.

Die Maßregelung der Kriegervereine in Hallgarten wegen des Verdachtes, daß ein Teil ihrer Mitglieder bei den letzten Reichstagswahlen sozialdemokratisch gestimmt haben „könnte“, ist nun perfekt geworden. Der eine mußte, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, das ihm vom Kaiser verliehene Fahnenband zurückgeben, der andere darf fernerehin auf seiner Vereinsjahre den Reichsadler nicht mehr führen. — Hurra! wiederum „Niedergerittene!“

Verdrängte Banken in Newyork. Der Kontrolleur des Geldumlaufs schloß die New-Amsterdamer Bank und stellte sie unter Zwangsverwaltung. Die Verbindlichkeiten betrafen sich auf 4 1/2 Millionen Dollars, wovon 2 Millionen den Hinterlegern geschuldet werden. Nach Mitteilungen der Beamten werden die Hinterleger voll befriedigt werden. — Die Mechanics and Traders Bank, mit einem Kapital von 2 Millionen Dollars, stellte ihre Zahlungen ein. Die Depositen beliefen sich im August auf 18 1/2 Millionen, waren aber nach dem Dezemberbericht auf 10 Millionen heruntergegangen. Präsident Sullivan erklärt, daß die Bank zahlungsfähig sei, aber, da das Clearinghouse erklärt habe, es könne keine weitere Hilfe leisten, hätten sich die Direktoren entschlossen, zum Schutze der Depositen die Bank zu schließen, bevor eine Panik ausbräche. Die Bank ist eine der bedeutendsten und ältesten Staatsbanken.

Aus dem Gerichtssaal.

Majestätsbeleidigung. Um sich ein Unteroffizier Karl Warmuth, der der vierten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin vorgeführt wurde, eine Majestätsbeleidigung begangen. Der Angeklagte ist der Sohn eines Polizeibeamten und wurde auf einer Unteroffizierschule ausgebildet. Als er Sergeant in Forbach war, ließ er sich verleiten, aus der Dienstkasse des Feldwebels die Summe von 40 Mk. zu stehlen, lediglich, um spazieren fahren zu können. Er wurde deshalb verurteilt und in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt. Im Jahre 1896 ging er nach Frankreich, dann nach Süd- und Nordamerika

und kehrte 1899 nach Deutschland zurück. Hier gelang es ihm nicht, sich wieder emporzuarbeiten. Zuletzt war er Kontorist und als er diese Stelle verlor, hatte er kein Unterkommen mehr. Um sich ein solches zu verschaffen, sprach er eines Tages, als er vor dem königlichen Schloß vorüber kam, einige beleidigende Worte über den Kaiser aus. Sie wurden von einem Schutzmann gehört, der den Angeklagten arrestierte. Er war im Termin geständig. Er wurde zu 4 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Unteruchungshaft verurteilt.

Ein Sittenbild. Wegen einfacher und erschwerter Ruppel wurde die 40jährige Putzmacherin Anna Giera von der Strafkammer in Bayreuth zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte bewohnte mit ihren sechs Kindern eine aus Stube und Küche bestehende Wohnung.

Obwohl nur zwei Betten vorhanden waren, nahm sie 10 Mädchen und Zimmerherren in Logis. In der Wohnung ging es bald zu wie in einem Taubenschlag. In der Nacht waren einmal acht Soldaten zu gleicher Zeit in der Wohnung. Das Schlimmste war, daß die Mutter manchmal mit ihrer 15jährigen Tochter die Wäsche abwechselte und daß sich das ganze Treiben in Gegenwart der Kinder abspielte. Zur Verhandlung waren 10 Zeugen geladen. Die Angeklagte leugnete alles, sie wurde aber zu obengenannter Strafe verurteilt.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stellung.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer.
Sämtlich in Lübeck.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres kleinen Karl sagen hiermit allen Beteiligten unsern innigsten Dank.
Karl Funk u. Frau Maria, geb. Lange.
Lübeck, Marktstraße 82, part.

Frdl. möbl. Parterre-Zimmer zu verm.
Weithoffstraße 21, part.

Ein Logis zu vermieten.
Ludwigstr. 58.

2-Stab.-Wohn. m. Stall u. Gart. z. 1. April in Schönbeck zu verm. Näh. daselbst od. bei Klinzel, Obertrave 57a.

Logis für zwei Mann zu vermieten.
Gr. Bogellana 13 a.

Zu verm. 3 flotte Damen-Maskekostüme (Zigeunerin) 1 ganz neu.
Friedenstr. 20, I.

Flotte Damen-Maske-Kostüme, Bierette, Polin, Mitteldeutsch usw. zu vermieten.
Fleischhauerstraße 8, Altsack.

Gefucht zum 1. oder 15. Februar

ein Mädchen
das kinderlieb ist, bei einem 4-jährigen Kinde nach Schleswig. Näheres

Dankstraße 85, part.

Mädchen in gesetztem Jahren sucht Stellung als Haushälterin in kleinen Hausstand.

Näheres Schwart. Allee 211, Seiten-Eingang.

Anfang von Gummi, Saaren, Metallen, Eisen, Lumpen, Knochen zc. zc. zc.
Untertrave 87.

Getragenes Fußzeug
kauft
F. Bauer,
Lüntenhaagen 12.

Kleines Haus mit Garten wird zu kaufen gesucht. Off. unter K. G. 81 a. d. Exped. d. Bl. erb.

Sonntags und Sonntag
billig zu verkaufen.
Kröners' Ga. thof, Schwartau.

Am Sonntag, den 2. Febr. steht eine Partie Ferkel zum Verkauf. E. Rougard, Stockelsdorf.

Medizinischer Sonntagsdienst
am Sonntag, den 2. Februar 1908.
Dr. Meyer, Marktstraße 40 b.
Dr. Kaben.
Dr. Ad. Christern, Schwart. Al. 4.

Jeder Wiederverkäufer, welcher wirklich seine Heringe führen will, beziehe dieselben aus der Heringsgroßhandlung von H. B. Wiegels, vorm. J. C. Bunge. Dies altbekannte Geschäft befindet sich Fischergrube Nr. 61.

Allen alten Lübeckern ist dies Geschäftshaus bekannt, weil in demselben seit 1825 ein hervorragendes feines Süssfabrikat wird, welcher sich vorzüglich zum Marinieren von grünen Derrinaen zc. eignet.

Matjes-, Sommerfang- u. Berger Blomheringe empfiehlt
H. H. Holtermann,
Lübeck, Marktwiese 4.
Täglich: Bruchheringe.

Einzig
schön ist ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendliches Aussehen, weiche, sammetweiche Haut und blendend schöner Teint.
Alles dies erzeugt die echte
Stedenpferd-Villemilch-Seife
v. Bergmann & Co., Madebeul mit Schutzmarke: Stedenpferd.
a. Et. 50 Pf. bei: Ferd. Kayser, Herm. Blaser, C. Dünkert, Heinr. Heickendorff, Carl Schmidt, Rud. Karstadt, Wilh. Bandholz, Bluhme Jepsen, Aug. Prösch, H. Wittmack,
sowie in der Löwen-Apotheke.


Beerdigungs-Institut „Zur Ruhe“

Huxstrasse 117. — F. Barby. — Fernsprecher 816.

Übernahme ganzer Beerdigungen, auch Feuerbestattung.
Überführungen von und nach auswärts.

Grosses Lager von Särgen, Einleibungen jeder Art, Grabstöcken und Kränzen.

Schockschwerenot



warum habe ich niemals elegant glänzende Schuhe!
Probieren Sie Nigrin, Sie werden hochbefriedigt sein.

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Sozialdemokratischer Verein.

Mitglieder - Versammlung

am Montag, den 3. Februar 1908,
abends 8¹/₂ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung von der Silvesterfeier.
2. Die gegenwärtige politische Situation. Referent: Redakteur P. Löwigl.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen erjucht
Der Vorstand.

Konzerthaus Friedrichshof.

Am Sonntag, den 9. Februar:
Grosse öffentliche

Volks-Maskerade

Localöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende morgens.
Maskenkostüme sowie Kappen sind im Lokale zu haben. Eintrittskarten im Vorverkauf bei Herrn Adv. Evers am Markt u. im Lokale Friedrichs-ot Otto Luck.

„HANSA-HALLE“

Fackenburger Allee 100 104.
Heute Sonntag, den 2. Februar 1908:

Grosser Ball

der St. Lorenz-Schweinegilde.
Anfang 4 Uhr. Ende morgens.

Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.

Eintritt frei! Friedrichshof. Eintritt frei!

Sonntag, den 19. Januar 1908:
Grosser Tanz

mit humoristischer Polonaise und anschließender Quadrille.
Musik: Hauskapelle Dir. J. Schwarz.

Anfang 5 Uhr.

Segler-Klub „HANSA“.

Einladung zum Kappenfest
am Sonntag, den 2. Februar, im Seglerheim „Watten-Belleune“.

Eintrittskarte im Vorverkauf 50 Pfg., eine Dame frei.
an der Abendkasse 60 Pfg.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe frei.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr. Der Vorstand.

Alte Kunden ohne Anzahlung.

Auf Kredit 1 Mark Abzahlung an pro Woche.

Manufakturwaren.

Blusen. Röcke

Damen-Konfektion.

Kleiderstoffe. Manufakturwaren

Herren-Konfektion.

Möbel. Betten.

Wohnungs-Einrichtungen.

Kredit-Haus

S. Sachs
41 Huxstrasse 41.

Vom März ab: Sandstr. 28, Ecke Schmiedestr. 2, Keller, Parterre, I, II u. III. Etage, Sensisches Haus.

Alte Kunden ohne Anzahlung.

Zahn-Atelier

Karl Seeler
Breitestr. 85 87 I (Ecke Huxstr.)

Adolf Hühner, Uhrmacher u. Goldschmied, Lübenstraße 10.

Es ist Tatsache, daß ich die meisten Verlobungs-Ringe an meine Arbeiterhandschäft verkaufe.

G. Grützfeldt, Goldschmied, Sandstr. Zur billigen Fleischhalle: Schweinefleisch, Rindfleisch, frisch Gehacktes, 60 Pfg. Köhnst. ake 48 b Köhnst. ake 48 b

Achtung!
Schweinegilde für Fackelzug und Umgegend.

General-Versammlung

am Sonntag, 2. Febr. 1908
nachmittags 4 Uhr.
im Lokale des Herrn H. Dose.
Der Vorstand.

Kaffeehaus Stockelsdorf

Sonntag, den 2. Februar:
Gr. Tanzmusik
verb. mit Kappenfest.
Wozu freundlichst einladet
Adolf Bux.

Geiellchaftshaus Wldersdorf

Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen

Loaiseniast.

Jeden Sonntag:
Grosse Tanz-Musik

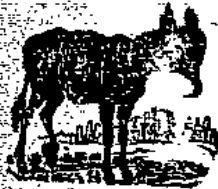
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 12 Uhr. Musik vom Harmonika-Klub Harmonika (6 Herren) W. Gies.

Weißer Engel

Jeden Sonntag Tanzkränzchen

Central-Hallen.

Sonntag, den 2. Februar:
Gr. Volks-Mascherade.



Friedrich-Franz-
Halle
Morgen Sonntag:
Tanz-Kränzchen
Ludwig Stamer.

Am Mittwoch, den 5. Februar 1908:
Großer Zutritts-Ball.

WAISEN-HOF.

Packerburger Allee 56.
Jeden Sonntag:

Gr. Tanzkränzchen.

Eintritt frei.

Travestrand Moising.

Heute, am 2. Februar:

Großer

Familien-Mascherball.

Johs. Schiering.

Klub Fidelitas.

Gegründet 1893.

45. Stiftungsfest

verbunden mit Kappensfest und Tombola
am Sonntag, 2. Februar
in H. Ohdes Gesellsch.-Haus,
Johannisstraße 25.
Lokalöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Ende 2 Uhr.

Der Vorstand.
NB. Eintritt frei gegen Einführungskarte,
welche beim Vorstand und sämtl. Mitgliedern
gratis zu haben sind.

Die nicht verkauften Tombolalose sind
spätestens am 2. Februar abends im Lokal
zurückzugeben, andernfalls dieselben als ver-
kauft betrachtet werden.

Quartettverein Amicitia.

Maskenball

am Faschnachtsmontag, 2. März
im Kolosseum.

Der Vorstand.

Einladung

zum

BALL

der Meiner'schen Fuhrlente

in sämtlichen Räumen des

„Konzerthaus Flora“.

Am Dienstag, den 4. Februar 1908.
Eintritt 1 Mk. Einzelne Dame 20 Pfg.
Anfang 8 Uhr.

Das Komitee.

Konzerthaus Harmonie.

110 Hügelstraße 110.

Täglich Konzert

der neuen Truppe

„Assa Ben Amins“

oriental. Zigeuner-Konzert, Gesangs-
und Tanztruppe.
Anfang 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Eintritt frei.

Panorama

Freiestraße 53. 1. Stage.

Kaisertage in Wiesbaden

Das neue Kurhaus.

Besuch der Saalburg.

Central-Hallen.

Sonntag, den 2. Februar:
Gr. Volks-Mascherade.



Gesangverein „Eintracht“

Grosser

Masken-Ball

am Sonntag, den 1. März 1908,

in sämtlichen Räumen des Vereinshauses Johannisstrasse 50-52.

Saalköffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.

Um 8 Uhr: Großer Maskenzug. . . . Demaskierung 12 Uhr.

Tanz für Zuschauer von 6-8 Uhr und 12-4 Uhr.

Eintrittspreis für Mitglieder 40 Pfg., eine Dame frei.

Eintrittspreis für Fremde 80 Pfg. pro Person.

Karten sind zu haben: Becke, „Vereinshaus“, Wittfoot, Hügelstraße 18, Karl Dose,
Gloriastraße 16, Gust. Ehlers, Augustenstraße 15, L. Klein, Hügelstraße 94, Nielsch,
Engelsgrube 91, C. Gasten, Danforthstraße 13, und bei sämtlichen Komiteemitgliedern.
Karten für Mitglieder werden nur vom Boten J. Hämöller, Wahrenstraße 85, bis zum
29. Februar und Sonnabend von 9-10 Uhr abends im „Vereinshaus“, Johannisstraße,
ausgegeben.

Eingang für Masken: Johannisstraße 52.

NB. Fremde Pierrots und Kinder haben keinen Zutritt.

Das Komitee.



Gesangverein „Eintracht“

Grosses Bockbierfest und Ball

unter Mitwirkung der Gesangs-Abteilung

am Sonntag, 9. Februar 1908,
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.

Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Mitgliedskarten sind vorzuzeigen.

Der Vorstand.

Zentral-Verband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen Deutschlands.

(Zahlstelle Lübeck)

Einladung zum

Wintervergnügen

am Sonntag, den 2. Februar 1908

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

Voranzeige.

Die zum ersten Male auf so vielseitigen Wunsch veranstaltende

Grosse

öffentl. Maskerade

in der Hansa-Halle

findet am Sonntag, den 16. Februar statt.

Dabei ist großer Wettstreit um die ersten, schönsten Maskentostüme.

Berteilt werden:

100 Mark in bar.

Erster Damenpreis 20 Mk., zweiter 10 Mk., dritter 10 Mk., vierter 10 Mk. Zwei

Herrenpreise: Erster 30 Mk., zweiter 20 Mk.

Vorverkauf: Herrenkarte 60 Pfg. Damen 30 Pfg. An der Kasse: Herrenkarte

1 Mk. Damen 50 Pfg.

Flora.

Heute Sonntag, den 2. Februar 1908:

Gr. öffentl. Maskenball

Öffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Ende morgens.

Maskenzug 7 Uhr.

Demaskierung nach Belieben.

NB. Maskenanzüge sind in der Flora zu haben.

Central-Hallen.

Sonntag, den 2. Februar:
Gr. Volks-Mascherade.

Metropol-Theater

Lübeck, Ecke Breite- u. Hüxstraße.

Vornehmstes Theater
lebender, sprechender und sin-
gender Photographien,
Täglich

Gr. Künstler-Konzert

der Moosbacher Bayern-Kavalle,
sowie neue Gesangsvorträge a. d. Arctophon.

Diese Woche neues herrliches Programm.

Das Geheimnis einer Mutter.

Gr. dramatisches Lebensbild.

Die Geisel.

Gr. lebenswahres Bild aus dem wilden Westen.

Lebende Porträts.

Reizende Metamorphose.

Der Mann der Frau Doktorin.

Hochkomisch. Humo-
ristisch.

Schlauer Schulkente.

Quett aus Martha.

Wunderbares Opern-Tonbild.

Schaufelied

aus Auf ins Metropol.

und das große Programm dieser Woche.

Hansa-Theater

Heute Sonntag:

Gastspiel

The Reed-Pinard-Company.

Ein Abend in einem

amerikanischen Tingeltangel.

Außerdem: Lona Hegyl, Modist-
leurin, Sisters Carnaras, Hand- und
Kopfkrobatinnen, Hansi Holden, Sou-
brette, Senoritas Ortejo Campos,
Orig. spanische National-Tänzerinnen,
Heinzius Dinghaus, Humorist und
Rezitator, Brothers Haribert Orelly,
Clasisch equitibr. Neuheit, Hansa - Be-
richterstatter. Neueste Aufnahmen.

Vorverkauf nur bei Sager.

Nachmittags 4 Uhr:

Fremden-Vorstellung.

(Ermäßigte Preise.)

Ein Abend in einem

amerikanischen Tingeltangel

sowie Auftreten aller Künstler.

Vorverkauf nur an der Theaterkasse.

Montag:

Dieselbe Vorstellung.

Stadt-Theater.

(Proprietarium)

Direktion: L. Piorkowski.

Sonntag, nachmittags 4 Uhr:

Zu besonders kleinen Preisen.

30, 40, 50, 60, 75 Pfg., 1 Mk.

Einmalige Kindervorstellung

Prinzeßin Tulipane.

Die Reise nach dem Mond.

Abends 7 1/2 Uhr.

90. Abonn.-Vorst. 19. Sonntags-Abonn.

Dugendbilletts nicht gültig.

Des großen Erfolges wegen:

Erneutes einmaliges Gastspiel

Signorina Francesca Prevost

Traviata.

Oper in 4 Akten v. Verdi.

Montag, den 3. Februar. 8 Uhr.

91. Abonn.-Vorst. 18. Montags-Abonn.

Der Hypochonder.

Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.

Dienstag:

Der Zigeunerbaron.

Central-Hallen.

Sonntag, den 2. Februar:
Gr. Volks-Mascherade.